

Vereinbarung

zwischen

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Regierung der Republik Polen

über

Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategische Umweltprüfungen

im grenzüberschreitenden Rahmen

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Polen –

im Folgenden „Vertragsparteien“ genannt,

im Bewusstsein der wachsenden Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Vermeidung, Verminderung und Überwachung von voraussichtlichen erheblichen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen, insbesondere bei geplanten Projekten sowie bei Plänen und Programmen,

unter Berücksichtigung des Abkommens vom 7. April 1994 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes, im Folgenden „Abkommen von 1994“ genannt, und dessen Bestimmungen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen,

entschlossen, zum beiderseitigen Nutzen das am 25. Februar 1991 in Espoo geschlossene Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen, im Folgenden „Espoo-Übereinkommen“ genannt, sowie die Bestimmungen der Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen anzuwenden,

entschlossen, zum beiderseitigen Nutzen das am 21. Mai 2003 in Kiew geschlossene Protokoll über die strategische Umweltprüfung zum Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen, im Folgenden „SEA-Protokoll“ genannt, sowie die Bestimmungen der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter

Pläne und Programme zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen anzuwenden,

im Bewusstsein, dass konkrete Regelungen und ein transparentes Verfahren die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategischen Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen erleichtern und beschleunigen,

in der Absicht, dafür Sorge zu tragen, dass die erheblichen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen geplanter Projekte sowie von Plänen und Programmen unter Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen so frühzeitig und umfassend wie möglich ermittelt, beschrieben und bewertet werden und dass die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie der Strategischen Umweltprüfungen bei der Zulassung der geplanten Projekte und der Annahme von Plänen und Programmen angemessen berücksichtigt werden,

unter Berücksichtigung der bisherigen Vollzugserfahrungen der am 11. April 2006 in Neuhardenberg unterzeichneten Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Durchführung des Übereinkommens vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen,

unter Beteiligung der deutschen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und des Freistaates Sachsen –

haben Folgendes vereinbart:

Kapitel 1
Anwendungsbereich

Artikel 1
Umweltverträglichkeitsprüfungen geplanter Projekte

(1) Diese Vereinbarung findet auf jedes geplante Projekt Anwendung, welches erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen auf die Umwelt im Gebiet unter der Hoheitsgewalt der anderen Vertragspartei haben kann und für das nach den geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Ursprungspartei eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt wird.

(2) Bei der Umweltverträglichkeitsprüfung nach Absatz 1 finden die Artikel 1 bis 7 des Espoo-Übereinkommens sowie die Artikel 3 bis 10 und 19 bis 26 dieser Vereinbarung Anwendung.

(3) Sofern das geplante Projekt nach Absatz 1 ebenfalls einer Prüfung im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern gemäß Artikel 6 Absatz 3 des am 19. Mai 1992 in Warschau geschlossenen Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern, im Folgenden „Vertrag vom 19. Mai 1992“ genannt, unterliegt, so wird für den Teil der Prüfung des Projektes, der Umweltauswirkungen betrifft, nur eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung durchgeführt. Die Ursprungspartei unterrichtet die nach Artikel 10 des Vertrages vom 19. Mai 1992 eingerichtete Deutsch-Polnische Grenzgewässerkommission darüber, dass sie eine Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen für ein solches Projekt durchführt.

(4) Wird über die Zulässigkeit eines geplanten Projektes nach Absatz 1 im Rahmen von mehreren Verfahren oder Verfahrensabschnitten entschieden, so findet diese

Vereinbarung auf alle Verfahren oder Verfahrensabschnitte Anwendung, in denen eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird.

(5) Sofern das geplante Projekt nach Absatz 1 in den Gebieten unter der Hoheitsgewalt beider Vertragsparteien verwirklicht werden soll, verständigen sich die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien umgehend darüber, ob und inwieweit die Umweltverträglichkeitsprüfung für das gesamte Projekt ganz oder teilweise durch eine Vertragspartei oder gemeinsam durch beide Vertragsparteien durchgeführt werden soll.

Artikel 2

Strategische Umweltprüfungen von Plan- und Programmentwürfen

(1) Diese Vereinbarung findet auf jeden Plan und jedes Programm Anwendung, deren Durchführung erhebliche grenzüberschreitende Auswirkungen auf die Umwelt im Gebiet unter der Hoheitsgewalt der anderen Vertragspartei haben kann und für das nach den geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Ursprungspartei eine Strategische Umweltprüfung durchgeführt wird.

(2) Bei der Strategischen Umweltprüfung nach Absatz 1 finden die Artikel 2 bis 12 des SEA-Protokolls sowie die Artikel 11 bis 26 dieser Vereinbarung Anwendung.

(3) Unterfällt ein Planentwurf nach Absatz 1 ebenfalls Artikel 6 Absatz 1 des Vertrages vom 19. Mai 1992, so unterrichtet die Ursprungspartei die nach Artikel 10 des Vertrages vom 19. Mai 1992 eingerichtete Deutsch-Polnische Grenzgewässerkommission darüber, dass sie eine Strategische Umweltprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen durchführt.

(4) Wird für einen Plan- oder Programmentwurf nach Absatz 1 eine Strategische Umweltprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen durchgeführt und betrifft der

Plan oder das Programm zugleich den Aufgabenbereich des Deutsch-Polnischen Ausschusses für Raumordnung der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit, die mit diplomatischer Note vom 17. Juni 1991 eingerichtet worden ist, wird dieser Ausschuss von der Ursprungspartei darüber unterrichtet, dass sie eine Strategische Umweltprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen durchführt.

(5) Sofern der Plan oder das Programm nach Absatz 1 in den Gebieten unter der Hoheitsgewalt beider Vertragsparteien verwirklicht werden soll, verständigen sich die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien umgehend darüber, ob und inwieweit die Strategische Umweltprüfung für den gesamten Plan- oder Programmentwurf ganz oder teilweise durch eine Vertragspartei oder gemeinsam durch beide Vertragsparteien durchgeführt werden soll.

Kapitel 2

Verfahrensschritte der Umweltverträglichkeitsprüfung geplanter Projekte

Artikel 3

Benachrichtigung

(1) Die Vertragsparteien werden sich so früh wie möglich über alle im Artikel 1 Absatz 1 dieser Vereinbarung bezeichneten geplanten Projekte, von denen sie Kenntnis erhalten, benachrichtigen. Mit der Benachrichtigung werden die Angaben nach Artikel 3 Absatz 2 des Espoo-Übereinkommens übermittelt, einschließlich einer Information über Art, Ablauf und Stand des Verfahrens, in dessen Rahmen eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird.

(2) Wenn die Ursprungspartei ein Verfahren zur Festlegung des Inhalts und Umfangs der UVP-Dokumentation (Scoping) durchführt, soll die betroffene Vertragspartei

nach Absatz 1 über das geplante Projekt benachrichtigt werden und es sollen ihr geeignete Angaben zu dem geplanten Projekt sowie zur Durchführung dieses Verfahrens übermittelt werden. Die betroffene Vertragspartei erhält Gelegenheit, zu Inhalt und Umfang der UVP-Dokumentation spätestens 30 Tage nach Abgabe der Erklärung zur Teilnahme an der Umweltverträglichkeitsprüfung Stellung zu nehmen.

(3) Die Benachrichtigung nach Absatz 1 wird wie folgt übermittelt:

1. Ist die Bundesrepublik Deutschland die Ursprungspartei, so übermittelt die für die Umweltverträglichkeitsprüfung zuständige Behörde des Landes, in dessen Gebiet unter seiner Hoheitsgewalt das geplante Projekt durchgeführt werden soll, die Benachrichtigung an die für die Angelegenheiten der Umweltverträglichkeitsprüfung zuständige zentrale Behörde der Regierungsverwaltung der Republik Polen. Sofern eine Behörde des Bundes die für die Umweltverträglichkeitsprüfung zuständige Behörde ist, übermittelt diese die Benachrichtigung. Darüber hinaus unterrichtet die zuständige deutsche Behörde gleichzeitig das für die Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium und das für die Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Ministerium des betreffenden Landes über den Inhalt der übermittelten Benachrichtigung.
2. Ist die Republik Polen die Ursprungspartei, so übermittelt die für die Angelegenheiten der Umweltverträglichkeitsprüfung zuständige zentrale Behörde der Regierungsverwaltung die Benachrichtigung gleichzeitig an
 - a) das für die Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Ministerium des Landes der Bundesrepublik Deutschland, in dessen Gebiet unter seiner Hoheitsgewalt das geplante Projekt erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Umweltauswirkungen haben kann, sowie

- b) das für die Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium der Bundesrepublik Deutschland.

(4) Die betroffene Vertragspartei bestätigt der Ursprungspartei unverzüglich den Erhalt der Benachrichtigung nach Absatz 1 und erklärt unverzüglich, spätestens jedoch 30 Tage nach dem Tag des Eingangs der Benachrichtigung, ob sie beabsichtigt, an der Umweltverträglichkeitsprüfung teilzunehmen. Falls die betroffene Vertragspartei beabsichtigt, an der Umweltverträglichkeitsprüfung teilzunehmen, informiert sie die Ursprungspartei zugleich darüber, welche Behörden der betroffenen Vertragspartei für

1. die Entgegennahme der UVP-Dokumentation nach Artikel 4,
2. die Beteiligung an der Umweltverträglichkeitsprüfung,
3. die Mitwirkung an Konsultationen nach Artikel 8 sowie für
4. die Entgegennahme der Entscheidung nach Artikel 9

zuständig sind.

(5) Ist eine der Vertragsparteien der Auffassung, dass die Umwelt im Gebiet unter ihrer Hoheitsgewalt von einer erheblichen nachteiligen grenzüberschreitenden Auswirkung eines geplanten Projektes nach Artikel 1 Absatz 1 betroffen sein wird, und wurde sie nicht nach Absatz 1 benachrichtigt, so übermittelt die Ursprungspartei auf Ersuchen der betroffenen Vertragspartei die in Absatz 1 genannten Angaben. Nach Erhalt dieser Angaben verfährt die betroffene Vertragspartei nach Absatz 4.

(6) Erklärt die betroffene Vertragspartei, dass sie an der Umweltverträglichkeitsprüfung teilnehmen wird, so übermittelt die Ursprungspartei, sofern nicht bereits nach Absatz 1 geschehen, die Angaben nach Artikel 3 Absatz 5 des Espoo-Übereinkommens. Die Ur-

Ursprungspartei informiert die betroffene Vertragspartei zum Zeitpunkt der Benachrichtigung nach Absatz 1 oder spätestens zum Zeitpunkt der Übermittlung der UVP-Dokumentation darüber, welche Behörden an der Umweltverträglichkeitsprüfung teilnehmen.

(7) Muster für die Benachrichtigung, für die Empfangsbestätigung der Benachrichtigung und für die Teilnahmeerklärung sind in den Anlagen 1 bis 3, die Bestandteil dieser Vereinbarung sind, festgelegt.

Artikel 4

UVP-Dokumentation;

Frist für Stellungnahmen sowie für Anmerkungen und Einwände

(1) Hat die betroffene Vertragspartei erklärt, dass sie an der Umweltverträglichkeitsprüfung teilnimmt, so ist die Ursprungspartei verpflichtet, mindestens ein Exemplar der UVP-Dokumentation unverzüglich nach ihrer Erstellung nach Artikel 4 Absatz 1 des Espoo-Übereinkommens der betroffenen Vertragspartei zu übermitteln.

(2) Die Ursprungspartei setzt der betroffenen Vertragspartei gleichzeitig mit Übermittlung der UVP-Dokumentation eine angemessene Frist, innerhalb derer Stellungnahmen von Behörden sowie Anmerkungen und Einwände der Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei übermittelt werden können. Bei der Bemessung der Frist wird die Ursprungspartei im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften die Art des geplanten Projektes, die Art und den Umfang der voraussichtlichen erheblichen nachteiligen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen im Gebiet unter der Hoheitsgewalt der betroffenen Vertragspartei und die Notwendigkeit, die Umweltverträglichkeitsprüfung so bald wie möglich abzuschließen, berücksichtigen. Die Frist soll außer in besonderen Fällen drei Monate nicht überschreiten.

(3) Ein Muster für die Übermittlung der UVP-Dokumentation und die Fristsetzung ist in Anlage 4, die Bestandteil dieser Vereinbarung ist, festgelegt.

Artikel 5

Mitwirkung der Öffentlichkeit

(1) Die Vertragsparteien stellen nach den Grundsätzen, die mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften übereinstimmen, die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Umweltverträglichkeitsprüfung des geplanten Projektes nach Artikel 1 Absatz 1 sicher. Die Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei kann ihre Anmerkungen und Einwände innerhalb einer solchen Frist äußern, die für die Öffentlichkeit der Ursprungspartei vorgesehen ist. Über dieses Verfahren wird die Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei durch die zuständige Behörde der betroffenen Vertragspartei durch die Bekanntmachung der Information über die Einleitung des Verfahrens und über die Auslegung der Dokumentation, die in Artikel 4 Absatz 1 genannt ist, informiert, zusammen mit der Bekanntgabe von Bedingungen über die Abgabe von Anmerkungen und Einwänden sowie über die Voraussetzungen, unter denen die Entscheidung angefochten werden kann. Die zuständige Behörde der Ursprungspartei wird über den Termin der Auslegung der Dokumentation zur Einsichtnahme für die Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei unterrichtet.

(2) Die Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei kann ihre Anmerkungen und Einwände unmittelbar an die für die Entscheidung über das geplante Projekt zuständige Behörde der Ursprungspartei übermitteln.

(3) Wenn die Ursprungspartei nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften eine Erörterung mit der Öffentlichkeit im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung durchführt, teilt sie der betroffenen Vertragspartei den Termin und den Ort der Erörterung frühzeitig mit. Die zuständige Behörde der betroffenen Vertragspartei benach-

richtigt die eigene Öffentlichkeit über den Termin und den Ort der von der Ursprungspartei durchgeführten Erörterung.

Artikel 6

Stellungnahmen der Behörden

(1) Ist die Republik Polen die betroffene Vertragspartei, so übermittelt die für die Angelegenheiten der Umweltverträglichkeitsprüfung zuständige zentrale Behörde der Regierungsverwaltung Stellungnahmen zu dem geplanten Projekt gleichzeitig an

1. die für die Umweltverträglichkeitsprüfung zuständige Behörde, die die in Artikel 3 Absatz 1 genannte Benachrichtigung übermittelt hat,
2. das für die Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Ministerium des jeweiligen Landes der Bundesrepublik Deutschland und
3. das für die Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Ist die Bundesrepublik Deutschland die betroffene Vertragspartei, so übermitteln die in ihrem umweltbezogenen Aufgabenbereich berührten deutschen Behörden ihre Stellungnahmen zum geplanten Projekt gleichzeitig an

1. die für die Angelegenheiten der Umweltverträglichkeitsprüfung zuständige zentrale Behörde der Regierungsverwaltung der Republik Polen und
2. die für die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung zuständige Behörde.

Artikel 7

Austausch von Informationen

Im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung nach Artikel 1 Absatz 1 können die für die Entscheidung zuständige Behörde und andere an diesem Verfahren beteiligte Behörden der Vertragsparteien unmittelbar Informationen zu dem Verfahren austauschen.

Artikel 8

Konsultationen vor dem Erlass der Entscheidung

(1) Die betroffene Vertragspartei teilt der Ursprungspartei spätestens mit Ablauf der Frist für die Übermittlung der Stellungnahmen nach Artikel 4 Absatz 2 dieser Vereinbarung mit, ob sie an Konsultationen nach Artikel 5 des Espoo-Übereinkommens in Form eines Treffens interessiert ist.

(2) Falls die betroffene Vertragspartei ihr Interesse an solchen Konsultationen erklärt, so

1. legen die Vertragsparteien, nachdem die Ursprungspartei Konsultationstermine vorgeschlagen hat, unverzüglich einen angemessenen zeitlichen Rahmen einschließlich der Termine sowie der Orte der Konsultationen unter Beachtung der Grundsätze von Artikel 4 Absatz 2 fest,
2. teilt die Ursprungspartei der betroffenen Vertragspartei zudem mit, welche Behörden für die Durchführung der Konsultationen zuständig sind,
3. informiert die Ursprungspartei die betroffene Vertragspartei zu einem geeigneten Zeitpunkt vor Abschluss der Konsultationen darüber, ob und welche Maßnahmen zur Verringerung oder Beseitigung der erheblichen nachteiligen grenzüberschrei-

tenden Umweltauswirkungen auf Grund der Stellungnahmen der Behörden sowie der Anmerkungen und der Einwände der Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei ergriffen werden sollen.

(3) Die Entscheidung über das geplante Projekt darf nicht vor dem Abschluss der Konsultationen getroffen werden, wenn die Konsultationen den von den Vertragsparteien festgelegten zeitlichen Rahmen nicht überschreiten. Zuvor vereinbarte Konsultationen finden nicht statt, wenn die betroffene Vertragspartei schriftlich darauf verzichtet, weil alle Fragen zu den erheblichen nachteiligen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen des geplanten Projektes durch Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien geklärt wurden.

(4) Die Vertragsparteien können andere Verfahrensteilnehmer und Experten zur Teilnahme an den Konsultationen einladen.

Artikel 9

Übermittlung der Entscheidung

(1) Die Ursprungspartei übermittelt der betroffenen Vertragspartei die Entscheidung über das geplante Projekt nach Artikel 6 des Espoo-Übereinkommens unverzüglich, nachdem die Entscheidung dem Antragsteller des geplanten Projektes zugestellt wurde.

(2) Nach Erhalt der Entscheidung stellt die betroffene Vertragspartei sicher, dass diese Entscheidung den betroffenen Behörden und der Öffentlichkeit im Gebiet unter ihrer Hoheitsgewalt zugänglich gemacht wird.

Artikel 10

Analyse nach Durchführung des Projektes

Die Vertragsparteien können im Einvernehmen festlegen, ob und wenn ja, in welchem Umfang eine Analyse nach Durchführung des Projektes nach Artikel 7 des Espoo-Übereinkommens durchgeführt werden soll, wenn die Entscheidung über das geplante Projekt oder die innerstaatlichen Rechtsvorschriften die Möglichkeit einer Analyse nach Durchführung vorsehen.

Kapitel 3

Verfahrensschritte der Strategischen Umweltprüfung von Plan- und Programmentwürfen

Artikel 11

Benachrichtigung

(1) Die Vertragsparteien werden sich so früh wie möglich über alle im Artikel 2 Absatz 1 dieser Vereinbarung bezeichneten Plan- und Programmentwürfe benachrichtigen. Die Benachrichtigung findet nach Erstellung des Plan- oder Programmentwurfs und des Umweltberichts nach Artikel 7 des SEA-Protokolls statt. Mit der Benachrichtigung werden mindestens jeweils ein Exemplar des Plan- oder Programmentwurfs und des Umweltberichts sowie Informationen über Art, Ablauf und Stand des Verfahrens zur Ausarbeitung und Annahme des Plans oder Programms übermittelt.

(2) Die Vertragsparteien können sich bereits vor der Benachrichtigung nach Absatz 1 über die Aufnahme von Arbeiten zur Erstellung eines Plan- oder Programmentwurfs sowie das diesbezügliche Verfahren informieren.

(3) Die Benachrichtigung nach Absatz 1 wird wie folgt übermittelt:

1. Ist die Bundesrepublik Deutschland die Ursprungspartei, so übermittelt die für die Strategische Umweltprüfung zuständige Behörde des Landes, in dessen Gebiet unter seiner Hoheitsgewalt der Plan oder das Programm durchgeführt werden soll, die Benachrichtigung an die für die Angelegenheiten der Strategischen Umweltprüfung zuständige zentrale Behörde der Regierungsverwaltung der Republik Polen. Sofern eine Behörde des Bundes die für die Strategische Umweltprüfung zuständige Behörde ist, übermittelt diese die Benachrichtigung. Darüber hinaus unterrichtet die zuständige deutsche Behörde gleichzeitig das für die Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium und das für die Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Ministerium des betreffenden Bundeslandes über den Inhalt der übermittelten Benachrichtigung.

 2. Ist die Republik Polen die Ursprungspartei, so übermittelt die für die Angelegenheiten der Strategischen Umweltprüfung zuständige zentrale Behörde der Regierungsverwaltung die Benachrichtigung gleichzeitig an
 - a) das für die Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Ministerium des Landes der Bundesrepublik Deutschland, in dessen Gebiet unter seiner Hoheitsgewalt der Plan oder das Programm erhebliche grenzüberschreitende Umweltauswirkungen haben kann, und
 - b) das für die Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium der Bundesrepublik Deutschland.
- (4) Die betroffene Vertragspartei bestätigt der Ursprungspartei unverzüglich den Erhalt der Benachrichtigung nach Absatz 1 und erklärt unverzüglich, spätestens jedoch 30 Tage nach dem Tag des Eingangs des Plan- oder Programmentwurfs und des Umweltberichts, ob sie beabsichtigt, an der Strategischen Umweltprüfung teilzunehmen. Falls die betroffene Vertragspartei beabsichtigt, an dieser Prüfung teilzunehmen, informiert sie die Ursprungspartei zugleich darüber, welche Behörden der betroffenen Vertragspartei für

1. die Beteiligung an der Strategischen Umweltprüfung und erforderlichenfalls für die Entgegennahme des Plan- oder Programmentwurfs und des Umweltberichts,
2. die Mitwirkung an Konsultationen nach Artikel 16 sowie
3. die Entgegennahme der Unterlagen nach Artikel 17

zuständig sind.

(5) Ist eine der Vertragsparteien der Auffassung, dass die Umwelt im Gebiet unter ihrer Hoheitsgewalt von einer erheblichen grenzüberschreitenden Auswirkung infolge der Durchführung eines Plans oder Programms nach Artikel 2 Absatz 1 betroffen sein wird, und wurde sie nicht nach Absatz 1 benachrichtigt, so übermittelt die Ursprungspartei auf Ersuchen der betroffenen Vertragspartei die in Absatz 1 genannten Unterlagen. Nach Erhalt dieser Unterlagen verfährt die betroffene Vertragspartei nach Absatz 4.

(6) Die Ursprungspartei informiert die betroffene Vertragspartei zum Zeitpunkt der Benachrichtigung nach Absatz 1 oder spätestens zum Zeitpunkt der Übermittlung des Plan- oder Programmentwurfs und des Umweltberichts darüber, welche Behörden an der Strategischen Umweltprüfung teilnehmen.

(7) Muster für die Benachrichtigung, die Empfangsbestätigung der Benachrichtigung, die Teilnahmeerklärung und, sofern erforderlich, die Übermittlung des Plan- oder Programmentwurfs und des Umweltberichts sind in den Anlagen 5 bis 7, die Bestandteil dieser Vereinbarung sind, festgelegt.

Artikel 12

Frist für Stellungnahmen sowie für Anmerkungen und Einwände

(1) Hat die betroffene Vertragspartei erklärt, dass sie an der Strategischen Umweltprüfung teilnimmt, setzt die Ursprungspartei der betroffenen Vertragspartei umgehend eine angemessene Frist, innerhalb derer Stellungnahmen von Behörden sowie Anmerkungen und Einwände der Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei übermittelt werden können. Bei der Bemessung der Frist wird die Ursprungspartei im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften die Art des Plans oder Programms, die Art und den Umfang der voraussichtlichen erheblichen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen im Gebiet unter der Hoheitsgewalt der betroffenen Vertragspartei und die Notwendigkeit, die Strategische Umweltprüfung so bald wie möglich abzuschließen, berücksichtigen. Die Frist soll außer in besonderen Fällen drei Monate nicht überschreiten.

(2) Ein Muster für die Fristsetzung ist in Anlage 8, die Bestandteil dieser Vereinbarung ist, festgelegt.

Artikel 13

Mitwirkung der Öffentlichkeit

(1) Die Vertragsparteien stellen nach den Grundsätzen, die mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften übereinstimmen, die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Strategischen Umweltprüfung des Plan- oder Programmentwurfs nach Artikel 2 Absatz 1 sicher. Die Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei kann ihre Anmerkungen und Einwände innerhalb einer solchen Frist äußern, die für die Öffentlichkeit der Ursprungspartei vorgesehen ist. Über dieses Verfahren wird die Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei durch die zuständige Behörde der betroffenen Vertragspartei durch die Bekanntmachung der Information über die Einleitung des Verfahrens und über die Auslegung des Plan- oder Programmentwurfs sowie des Umwelt-

berichts informiert, zusammen mit der Bekanntgabe von Bedingungen über die Abgabe von Anmerkungen und Einwänden sowie über mögliche Rechtsbehelfe. Die zuständige Behörde der Ursprungspartei wird über den Termin der Auslegung der Unterlagen zur Einsichtnahme für die Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei unterrichtet.

(2) Die Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei kann ihre Anmerkungen und Einwände unmittelbar an die für die Durchführung der Strategischen Umweltprüfung zuständige Behörde der Ursprungspartei übermitteln.

(3) Wenn die Ursprungspartei eine Erörterung mit der Öffentlichkeit im Rahmen der strategischen Umweltprüfung durchführt, teilt sie der betroffenen Vertragspartei den Termin und den Ort der Erörterung frühzeitig mit. Die zuständige Behörde der betroffenen Vertragspartei benachrichtigt die eigene Öffentlichkeit über den Termin und den Ort der von der Ursprungspartei durchgeführten Erörterung.

Artikel 14

Stellungnahmen der Behörden

(1) Ist die Republik Polen die betroffene Vertragspartei, so übermittelt die für die Angelegenheiten der Strategischen Umweltprüfung zuständige zentrale Behörde der Regierungsverwaltung Stellungnahmen zu dem Plan- oder Programmentwurf und dem Umweltbericht gleichzeitig an

1. die für die Strategische Umweltprüfung zuständige Behörde, die die in Artikel 11 Absatz 1 genannte Benachrichtigung übermittelt hat,
2. das für die Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Ministerium des jeweiligen Landes der Bundesrepublik Deutschland und

3. das für die Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Ist die Bundesrepublik Deutschland die betroffene Vertragspartei, so übermitteln die in ihrem umweltbezogenen Aufgabenbereich berührten deutschen Behörden ihre Stellungnahmen zu dem Plan- oder Programmwurf und dem Umweltbericht gleichzeitig an

1. die für die Angelegenheiten der Strategischen Umweltprüfung zuständige zentrale Behörde der Regierungsverwaltung der Republik Polen und
2. die für die Durchführung der Strategischen Umweltprüfung zuständige Behörde.

Artikel 15

Austausch von Informationen

Im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung nach Artikel 2 Absatz 1 können die für die Durchführung der Strategischen Umweltprüfung zuständige Behörde und andere an diesem Verfahren beteiligte Behörden der Vertragsparteien unmittelbar Informationen zu dem Verfahren austauschen.

Artikel 16

Konsultationen vor der Annahme des Plans oder des Programms

(1) Die betroffene Vertragspartei teilt der Ursprungspartei spätestens mit Ablauf der Frist für die Übermittlung der Stellungnahmen nach Artikel 12 dieser Vereinbarung mit, ob sie an Konsultationen nach Artikel 10 Absatz 3 des SEA-Protokolls in Form eines Treffens interessiert ist.

(2) Falls die betroffene Vertragspartei ihr Interesse an solchen Konsultationen erklärt, so

1. legen die Vertragsparteien, nachdem die Ursprungspartei Konsultationstermine vorgeschlagen hat, unverzüglich einen angemessenen zeitlichen Rahmen einschließlich der Termine sowie der Orte der Konsultationen unter Beachtung der Grundsätze von Artikel 12 fest,
2. teilt die Ursprungspartei der betroffenen Vertragspartei zudem mit, welche Behörden für die Durchführung der Konsultationen zuständig sind,
3. informiert die Ursprungspartei die betroffene Vertragspartei zu einem geeigneten Zeitpunkt vor Abschluss der Konsultationen darüber, ob und welche Maßnahmen zur Verringerung oder Beseitigung der erheblichen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen auf Grund der Stellungnahmen der Behörden sowie der Anmerkungen und der Einwände der Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei ergriffen werden sollen.

(3) Der Plan oder das Programm darf nicht vor dem Abschluss der Konsultationen angenommen werden, wenn die Konsultationen den von den Vertragsparteien festgelegten zeitlichen Rahmen nicht überschreiten. Zuvor vereinbarte Konsultationen finden nicht statt, wenn die betroffene Vertragspartei schriftlich darauf verzichtet, weil alle Fragen zu den erheblichen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen des Plan- oder Programmwurfs durch Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien geklärt wurden.

(4) Die Vertragsparteien können andere Verfahrensteilnehmer und Experten zur Teilnahme an den Konsultationen einladen.

Artikel 17

Übermittlung des angenommenen Plans oder Programms

(1) Die Ursprungspartei übermittelt der betroffenen Vertragspartei unverzüglich nach Annahme des Plans oder Programms

1. den angenommenen Plan oder das angenommene Programm,
2. eine zusammenfassende Erklärung,
 - a) wie Umwelterwägungen in den Plan oder das Programm einbezogen wurden,
 - b) wie der Umweltbericht, die Anmerkungen und Einwände der Öffentlichkeit, die Stellungnahmen der Behörden sowie die Ergebnisse der nach Artikel 16 geführten Konsultationen berücksichtigt wurden und
 - c) aus welchen Gründen der angenommene Plan oder das angenommene Programm nach Abwägung mit den geprüften Alternativen gewählt wurde,

sowie

3. eine Aufstellung der beschlossenen Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen aus der Durchführung des angenommenen Plans oder Programms.

(2) Die betroffene Vertragspartei stellt nach Erhalt der in Absatz 1 genannten Unterlagen sicher, dass diese den betroffenen Behörden und der Öffentlichkeit im Gebiet unter ihrer Hoheitsgewalt zugänglich gemacht werden.

Artikel 18 Überwachung

(1) Die Vertragsparteien können im Einvernehmen festlegen, ob und wenn ja, in welchem Umfang die Ursprungspartei der betroffenen Vertragspartei die Ergebnisse der Überwachung der erheblichen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen aus der Durchführung des angenommenen Plans oder Programms nach Artikel 12 des SEA-Protokolls übermittelt.

(2) Die betroffene Vertragspartei stellt nach Erhalt der in Absatz 1 genannten Informationen sicher, dass diese den betroffenen Behörden und der Öffentlichkeit im Gebiet unter ihrer Hoheitsgewalt zugänglich gemacht werden.

Kapitel 4 Gemeinsame Vorschriften

Artikel 19 Einhaltung von Fristen

(1) Die Einhaltung von Fristen für die Übermittlung von Mitteilungen, Stellungnahmen, Anmerkungen und Einwänden an die zuständige Behörde der Ursprungspartei richtet sich nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Ursprungspartei. Zur Einhaltung von Fristen können auch elektronische Kommunikationsmittel genutzt werden. Die Berücksichtigung von Mitteilungen, Stellungnahmen, Anmerkungen und Einwänden, bei denen eine Frist nicht eingehalten worden ist, steht im Ermessen der zuständigen Behörde der Ursprungspartei.

(2) Ist nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der betroffenen Vertragspartei die Übermittlung von Anmerkungen und Einwänden der Öffentlichkeit der betroffe-

nen Vertragspartei auch über die zuständige Behörde der betroffenen Vertragspartei möglich, so gelten Anmerkungen und Einwände der Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei als fristgemäß, wenn sie nach Maßgabe von Absatz 1 der zuständigen Behörde der betroffenen Vertragspartei übermittelt worden sind. Die zuständige Behörde der betroffenen Vertragspartei übermittelt die Anmerkungen und Einwände zusammen mit der Angabe des Eingangsdatums an die zuständige Behörde der Ursprungspartei innerhalb der Frist nach Artikel 4 Absatz 2 oder Artikel 12 Absatz 1.

Artikel 20 Übersetzungen

(1) Bei der Umweltverträglichkeitsprüfung übermittelt die Ursprungspartei der betroffenen Vertragspartei folgende Unterlagen übersetzt in die Amtssprache der betroffenen Vertragspartei:

1. die Benachrichtigung und die Angaben nach Artikel 3 Absatz 1 und 6;
2. die Angaben zur Festlegung des Inhalts und Umfangs der UVP-Dokumentation nach Artikel 3 Absatz 2;
3. die nichttechnische Zusammenfassung der UVP-Dokumentation nach Artikel 4 Absatz 1 des Espoo-Übereinkommens sowie die Teile der UVP-Dokumentation, die es der betroffenen Vertragspartei ermöglichen, die voraussichtlichen erheblichen nachteiligen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen einzuschätzen und eine Stellungnahme abzugeben;
4. bei Karten, die Teil der Unterlagen nach Nummer 3 sind, zumindest die Legende;

5. die Teile der Entscheidung über das geplante Projekt einschließlich der Teile der Begründung, die es der betroffenen Vertragspartei ermöglichen, zu erkennen, wie die Entscheidung
 - a) die in der UVP-Dokumentation dargestellten voraussichtlichen erheblichen nachteiligen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen,
 - b) die entscheidungsrelevanten Stellungnahmen der Behörden der betroffenen Vertragspartei,
 - c) die entscheidungsrelevanten Anmerkungen und Einwände der Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei,
 - d) die Ergebnisse von Konsultationen zwischen der Ursprungspartei und der betroffenen Vertragspartei und
 - e) Maßnahmen zur Verringerung oder Beseitigung der erheblichen nachteiligen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungenberücksichtigt;
6. eine Information über die Rechtsbehelfe gegen die Entscheidung über das geplante Projekt;
7. sonstige Unterlagen, die die Ursprungspartei erstellt und die für den Verfahrensablauf unumgänglich sind, insbesondere Einladungen zu Konsultationen und Protokolle über die Konsultationen;
8. die Ergebnisse einer Analyse nach Durchführung des Projektes im in Artikel 10 genannten Fall.

(2) Bei der Strategischen Umweltprüfung übermittelt die Ursprungspartei der betroffenen Vertragspartei folgende Unterlagen übersetzt in die Amtssprache der betroffenen Vertragspartei:

1. die Benachrichtigung nach Artikel 11 Absatz 1 und Informationen über das Verfahren zur Ausarbeitung und Annahme des Plans oder Programms;
2. die Informationen und Angaben nach Artikel 11 Absatz 2;
3. die nichttechnische Zusammenfassung des Umweltberichts sowie die Teile des Plan- oder Programmentwurfs und des Umweltberichts, die es der betroffenen Vertragspartei ermöglichen, die voraussichtlichen erheblichen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen einzuschätzen und eine Stellungnahme abzugeben;
4. bei Karten, die Teil der Unterlagen nach Nummer 3 sind, zumindest die Legende;
5. die Entscheidung über die Annahme des Plans oder Programms sowie die Teile der zusammenfassenden Erklärung, die es der betroffenen Vertragspartei ermöglichen zu erkennen, wie der Plan oder das Programm
 - a) die im Umweltbericht dargestellten voraussichtlichen erheblichen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen sowie Maßnahmen zur Verringerung oder Beseitigung dieser Auswirkungen,
 - b) die Stellungnahmen der Behörden der betroffenen Vertragspartei,
 - c) die Anmerkungen und Einwände der Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei und

d) die Ergebnisse von Konsultationen zwischen der Ursprungspartei und der betroffenen Vertragspartei

berücksichtigt;

6. sonstige Unterlagen, die die Ursprungspartei erstellt und die für den Verfahrensablauf unumgänglich sind, insbesondere Einladungen zu Konsultationen und Protokolle über die Konsultationen;

7. die Ergebnisse der Überwachung im in Artikel 18 genannten Fall.

(3) Falls die betroffene Vertragspartei die nach Absatz 1 Nummer 3 und 4 übersetzten Teile der UVP-Dokumentation oder die nach Absatz 2 Nummer 3 und 4 übersetzten Teile des Plan- oder Programmentwurfs und des Umweltberichts als nicht ausreichend für eine Stellungnahme zu den erheblichen nachteiligen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen des geplanten Projektes oder zu den erheblichen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen des vorgesehenen Plans oder Programms erachtet, teilt sie dies der Ursprungspartei unverzüglich mit. Die Vertragsparteien werden sich dann um eine einvernehmliche Lösung sowohl hinsichtlich einer Übermittlung von zusätzlich übersetzten Teilen der UVP-Dokumentation oder des Plan- oder Programmentwurfs und Umweltberichts als auch einer Verlängerung der Frist nach Artikel 4 Absatz 2 oder Artikel 12 Absatz 1 bemühen.

(4) Die betroffene Vertragspartei übermittelt der Ursprungspartei sämtliche Unterlagen für die grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung oder die grenzüberschreitende Strategische Umweltprüfung einschließlich der Stellungnahmen nach Artikel 6 oder 14 in ihrer eigenen Amtssprache. Die Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei übermittelt ihre Anmerkungen und Einwände nach Artikel 5 oder 13 in der Amtssprache der betroffenen Vertragspartei oder der Ursprungspartei.

(5) Bei Terminen zur Festlegung des Inhalts und Umfangs der UVP-Dokumentation oder des Umweltberichts, bei Erörterungsterminen und bei Konsultationen sorgt die Ursprungspartei für die Übertragung in die Amtssprache der betroffenen Vertragspartei, es sei denn, die Vertragsparteien vereinbaren etwas anderes.

(6) Die Ursprungspartei trägt die Kosten für

1. die Übersetzung von Unterlagen der Ursprungspartei in die Amtssprache der betroffenen Vertragspartei,
2. die Übersetzung von Unterlagen, Anmerkungen und Einwänden der betroffenen Vertragspartei, die der Ursprungspartei in der Amtssprache der betroffenen Vertragspartei übersandt worden sind, in die Amtssprache der Ursprungspartei,
3. Dolmetscher bei Terminen zur Festlegung des Inhalts und Umfangs der UVP-Dokumentation oder des Umweltberichts, bei Erörterungsterminen und bei Konsultationen, sofern die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren.

Artikel 21

Elektronische Kommunikation

Sind Unterlagen bereits in elektronischer Fassung vorhanden, übermitteln die Vertragsparteien sie ebenfalls in dieser Fassung.

Artikel 22
Zuständige Behörde

Im Falle, dass in dieser Vereinbarung keine zuständige Behörde angegeben wurde, finden zu ihrer Bestimmung die innerstaatlichen Rechtsvorschriften der jeweiligen Vertragspartei Anwendung.

Artikel 23
Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

(1) Ungeklärte Fragen über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung werden der Arbeitsgruppe für Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategische Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen, die durch die Deutsch-Polnische Kommission für die nachbarschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes berufen wurde und die auf der Grundlage des Abkommens von 1994 tätig ist, zur Klärung vorgelegt. Ist eine Klärung nicht zu erzielen, werden die ungeklärten Fragen dieser Kommission vorgelegt.

(2) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung werden nach Artikel 15 des Espoo-Übereinkommens oder nach Artikel 20 des SEA-Protokolls beigelegt.

Artikel 24
Andere völkerrechtliche Verträge

Bestehende Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus anderen völkerrechtlichen Verträgen werden durch diese Vereinbarung nicht berührt.

Artikel 25

Inkrafttreten und Kündigung der Vereinbarung

(1) Diese Vereinbarung tritt 60 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieser Vereinbarung erfüllt sind. Maßgebend hierfür ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung. Die Bestimmungen dieses Absatzes werden entsprechend für Änderungen dieser Vereinbarung angewendet.

(2) Jede Vertragspartei kann diese Vereinbarung auf diplomatischem Weg durch schriftliche Notifikation kündigen. Die Vereinbarung tritt nach Ablauf von sechs Monaten ab dem Tag des Eingangs dieser Notifikation bei der anderen Vertragspartei außer Kraft. Verfahren nach Artikel 3 oder 11, die vor dem Außerkrafttreten dieser Vereinbarung eingeleitet wurden, werden nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung zu Ende geführt.

(3) Die Registrierung dieser Vereinbarung beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach ihrem Inkrafttreten von der Vertragspartei veranlasst, in deren Hoheitsgebiet sie unterzeichnet wurde. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registriernummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Artikel 26

Außerkrafttreten der Vereinbarung vom 11. April 2006

(1) Mit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung tritt die am 11. April 2006 in Neuhardenberg unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Durchführung des Übereinkommens

vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen außer Kraft.

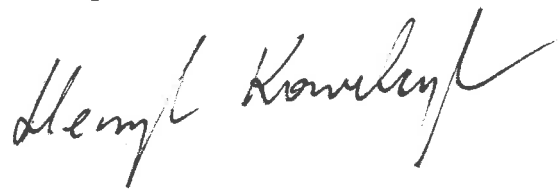
(2) Grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen und grenzüberschreitende Strategische Umweltprüfungen, die vor dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung eingeleitet worden sind, werden nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung zu Ende geführt.

Geschehen zu *Neuhardenberg* am *10. Oktober 2018* in
zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleich-
ermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland



Für die Regierung der
Republik Polen



Anlagen
zur
Vereinbarung
zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung der Republik Polen
über
Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategische Umweltprüfungen
im grenzüberschreitenden Rahmen

Anlage 1

Absender:

Empfänger:

Ort, Datum:

Benachrichtigung

über ein geplantes Projekt mit möglicherweise erheblichen nachteiligen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen

Aktenzeichen _____

Nach Artikel 3 Absatz 1 der am _____ in
_____ abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategische Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen

teilen wir Ihnen mit, dass der/die

(Name und Anschrift des Projektträgers)

beabsichtigt,

durchzuführen.

(vollständige Bezeichnung des geplanten Projektes)

Im Verfahren zu dem geplanten Projekt soll eine Entscheidung über

(Art und Gegenstand der Entscheidung)

nach _____

(Anzuwendende Rechtsvorschriften)

durch _____

getroffen werden.

(Name und Anschrift der für die Entscheidung zuständigen Behörde)

Das Verfahren umfasst eine Umweltverträglichkeitsprüfung.

Hiermit übersenden wir Ihnen einschließlich der Übersetzungen nach Artikel 20 Absatz 1 Nummer 1 der am _____ in _____ abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategischen Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen,

- die Angaben nach Artikel 3 des Übereinkommens vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen einschließlich einer Information über Art, Ablauf und Stand des Verfahrens, in dessen Rahmen die Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird
- eine Information über die an der Umweltverträglichkeitsprüfung beteiligten deutschen / polnischen* Behörden.

Wir bitten, den Erhalt dieser Benachrichtigung unverzüglich zu bestätigen und uns unverzüglich, spätestens jedoch 30 Tage ab Erhalt dieser Benachrichtigung mitzuteilen, ob die Bundesrepublik Deutschland / die Republik Polen * beabsichtigt, an der Umweltverträglichkeitsprüfung mitzuwirken.

Zu diesem Projekt wird ein Verfahren zur Festlegung des Inhaltes und Umfangs der UVP-Dokumentation (Scoping) durchgeführt, an dem sich die Bundesrepublik Deutschland / die Republik Polen * beteiligen kann. Zusätzlich übersenden wir Ihnen daher Angaben zur Festlegung des Inhaltes und Umfangs der UVP-Dokumentation nach Artikel 3 Absatz 2 der am ... in ... abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategischen Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen, einschließlich der Übersetzungen nach Artikel 20 Absatz 1 Nummer 2 dieser Vereinbarung. Sie haben Gelegenheit, hierzu spätestens 30 Tage nach Abgabe der Erklärung zur Teilnahme an der Umweltverträglichkeitsprüfung Stellung zu nehmen.**

Außerdem haben Sie Gelegenheit, zur Festlegung des Inhaltes und Umfangs der UVP-Dokumentation (Scoping) an einer Besprechung am _____
in _____ teilzunehmen.**

(Terminangabe; Weiterleitung mit angemessenem Vorlauf)

Unterschrift

- * Unzutreffendes streichen
- ** gegebenenfalls streichen, soweit nicht relevant

Liste der beigefügten Unterlagen:

Anlage 2

Absender:

Empfänger:

Ort, Datum:

Empfangsbestätigung bei einer Umweltverträglichkeitsprüfung für ein geplantes Projekt

Aktenzeichen _____

Nach Artikel 3 Absatz 4 der am _____ in
_____ abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategische Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen

bestätigen wir, Ihre Benachrichtigung vom _____ über das geplante
Projekt

(vollständige Bezeichnung des geplanten Projektes)

für das eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, am
_____ erhalten zu haben.

Unterschrift

Anlage 3

Absender:

Empfänger:

Ort, Datum:

Teilnahmeerklärung bei einer Umweltverträglichkeitsprüfung für ein geplantes Projekt

Aktenzeichen _____

Nach Artikel 3 Absatz 4 der am _____ in
_____ abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategische Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen

erklären wir mit Bezug auf Ihre Benachrichtigung vom
_____ betreffend das geplante Projekt

_____ ,

(vollständige Bezeichnung des geplanten Projektes)

für das eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, dass

wir an der Umweltverträglichkeitsprüfung mitwirken werden /

wir an der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht mitwirken werden.*

An der Besprechung am _____ in
_____ zur Festlegung des Inhaltes und Umfangs der UVP-
Dokumentation (Scoping) nehmen wir teil.**

Gleichzeitig teilen wir mit, dass die zuständige Behörde der betroffenen Partei für

1. die Entgegennahme der UVP-Dokumentation nach Artikel 4

(Name und Anschrift der zuständigen Behörde)

2. die Beteiligung an der Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden
Rahmen

(Name und Anschrift der zuständigen Behörde)

3. die Mitwirkung an Konsultationen nach Artikel 8

(Name und Anschrift der zuständigen Behörde)

4. die Entgegennahme der Entscheidung nach Artikel 9

(Name und Anschrift der zuständigen Behörde)

ist.

Beigefügt erhalten Sie zudem eine Information über Erscheinungstermine des amtlichen Veröffentlichungsblattes. Die für die Bekanntmachung nach Artikel 5 im amtlichen Veröffentlichungsblatt benötigten Angaben müssen spätestens _____ Tage / Wochen * vor dem jeweiligen Erscheinungstermin vorliegen.**

Unterschrift

* Unzutreffendes streichen

** gegebenenfalls den gesamten Absatz streichen

Liste der beigefügten Unterlagen:

Anlage 4

Absender:

Empfänger:

Ort, Datum:

Übermittlung der UVP-Dokumentation für ein geplantes Projekt und Fristsetzung

Aktenzeichen _____

Nach Artikel 4 der am _____ in
_____ abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategische Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen

und auf Grund Ihrer Teilnahmeerklärung vom _____

- übersenden wir _____ Exemplar/e* der UVP-Dokumentation, einschließlich der Übersetzungen nach Artikel 20 Absatz 1 Nummer 3 und 4 der am _____ in _____ abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategischen Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen,

- teilen wir mit, dass hierzu Stellungnahmen Ihrer Behörden sowie Anmerkungen und Einwände Ihrer Öffentlichkeit bis zum

(angemessene Frist, die drei Monate nicht überschreiten soll)
übermittelt werden können.

Die Behörden und die Öffentlichkeit können Stellungnahmen, Anmerkungen und Einwände schriftlich oder elektronisch* an folgende Behörde übermitteln:

(Name und Anschrift der Behörde)

E-Mail-Anschrift*

Überdies teilen wir mit, dass die Zeit, die für die Mitwirkung der Öffentlichkeit nach Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 der am _____ in _____ abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategische Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen vorgesehen worden ist, _____ Tage/Wochen beträgt

Zum geplanten Projekt findet eine Erörterung am _____ in
_____ statt, an der die Öffentlichkeit und die Behörden der
betroffenen Vertragspartei / die Öffentlichkeit und die Behörden der betroffenen Vertrags-
partei, die Stellungnahmen, Anmerkungen und Einwände übermittelt haben,* teilnehmen
können.**

Unterschrift

* Unzutreffendes streichen

** gegebenenfalls den gesamten Absatz streichen

Liste der beigefügten Unterlagen:

Anlage 5

Absender:

Empfänger:

Ort, Datum:

Benachrichtigung

über einen Plan- oder Programmentwurf mit möglicherweise erheblichen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen

Aktenzeichen _____

Nach Artikel 11 Absatz 1 der am _____ in _____
_____ abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategische Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen

teilen wir Ihnen mit, dass der / die

(Name und Anschrift des Planungsträgers)

beabsichtigt,

(vollständige Bezeichnung des Plan- oder Programmentwurfs)

nach

aufzustellen / zu ändern.*

(Anzuwendende Rechtsvorschriften)

Im Rahmen des Verfahrens zur Ausarbeitung / Änderung* sowie zur Annahme des Plans oder Programms wird eine Strategische Umweltprüfung durchgeführt.

Hiermit übersenden wir Ihnen, einschließlich der Übersetzungen nach Artikel 20 Absatz 2 Nummer 1, 3 und 4 der am _____
in _____ abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategischen Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen,

- _____ Exemplar/e* des Plan- oder Programmentwurfs
- _____ Exemplar/e* des Umweltberichtes
- Informationen über Art, Ablauf und Stand des Verfahrens zur Ausarbeitung / Änderung* sowie zur Annahme des Plans oder Programms, einschließlich der Angabe der für die Durchführung der Strategischen Umweltprüfung zuständigen Behörde
- eine Information über die an der Strategischen Umweltprüfung beteiligten deutschen / polnischen* Behörden.

Wir bitten, den Erhalt dieser Benachrichtigung unverzüglich zu bestätigen.

Sie werden ferner gebeten, uns unverzüglich, spätestens jedoch 30 Tage nach Erhalt des Plan- oder Programmentwurfs und des Umweltberichtes, mitzuteilen, ob die Bundesrepub-

lik Deutschland / die Republik Polen * beabsichtigt, an der Strategischen Umweltprüfung mitzuwirken.

Unterschrift

* Unzutreffendes streichen

** gegebenenfalls streichen, soweit nicht relevant

Liste der beigefügten Unterlagen:

Anlage 6

Absender:

Empfänger:

Ort, Datum:

Empfangsbestätigung bei einer Strategischen Umweltprüfung für einen Plan- oder Programmwurf

Aktenzeichen _____

Nach Artikel 11 Absatz 4 der am _____ in
_____ abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategische Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen

bestätigen wir, Ihre Benachrichtigung vom _____ über
den Plan- oder Programmwurf

(vollständige Bezeichnung des Plan- oder Programmwurfs)

für den eine Strategische Umweltprüfung durchgeführt wird, am
_____ erhalten zu haben.

Unterschrift

Anlage 7

Absender:

Empfänger:

Ort, Datum:

Teilnahmeerklärung bei einer Strategischen Umweltprüfung für einen Plan- oder Programmwurf

Aktenzeichen _____

Nach Artikel 11 Absatz 4 der am _____ in
_____ abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategische Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen

erklären wir mit Bezug auf Ihre Benachrichtigung vom

_____ betreffend den Plan- bzw. Programmwurf

(vollständige Bezeichnung des Plan- oder Programmwurfs)

für den eine Strategische Umweltprüfung durchgeführt wird, dass

wir an der Strategischen Umweltprüfung mitwirken werden /

wir an der Strategischen Umweltprüfung nicht mitwirken werden.*

An der Besprechung am _____ in
_____ zur Festlegung des Inhaltes und Umfang des Um-
weltberichtes (Scoping) nehmen wir teil.**

Gleichzeitig teilen wir mit, dass die zuständige Behörde der betroffenen Partei für

1. die Beteiligung an der Strategischen Umweltprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen und erforderlichenfalls für die Entgegennahme des Plan- oder Programmentwurfs sowie des Umweltberichtes

(Name und Anschrift der zuständigen Behörde)

2. die Mitwirkung an Konsultationen nach Artikel 16

(Name und Anschrift der zuständigen Behörde)

3. die Entgegennahme des angenommenen Plans oder Programms nach Artikel 17

(Name und Anschrift der zuständigen Behörde/n)

ist.

Beigefügt erhalten Sie zudem eine Information über Erscheinungstermine des amtlichen Veröffentlichungsblattes.

Die für die Bekanntmachung nach Artikel 13 im amtlichen Veröffentlichungsblatt benötigten Angaben müssen spätestens _____ Tage / Wochen* vor dem jeweiligen Erscheinungstermin vorliegen.**

Unterschrift

* Unzutreffendes streichen

** gegebenenfalls den gesamten Absatz streichen

Liste der beigefügten Unterlagen:

Anlage 8

Absender:

Empfänger:

Ort, Datum:

Fristsetzung bei einem Plan- oder Programmentwurf

Aktenzeichen _____

Nach Artikel 12 der am _____ in
_____ abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategische Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen

und auf Grund Ihrer Teilnahmeerklärung vom _____
teilen wir mit, dass Stellungnahmen Ihrer Behörden sowie Anmerkungen und Einwände Ihrer Öffentlichkeit zum Plan- oder Programmentwurf und zum Umweltbericht bis zum

_____ (angemessene Frist, die drei Monate nicht überschreiten soll)
übermittelt werden können.

Überdies teilen wir mit, dass die Zeit, die für die Mitwirkung der Öffentlichkeit nach Artikel 13 Absatz 1 der am _____ in
_____ abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Regie-

zung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Umweltverträglichkeitsprüfungen und Strategischen Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen vorgesehen worden ist, _____ Tage/Wochen beträgt.

Die Behörden und die Öffentlichkeit können Stellungnahmen, Anmerkungen und Einwände schriftlich oder elektronisch* an folgende Behörde übermitteln:

(Name und Anschrift der Behörde)

E-Mail-Anschrift*

Zum Plan- oder Programmentwurf findet eine Erörterung am

_____ in _____ statt, an der die Öffentlichkeit und die Behörden der betroffenen Vertragspartei / die Öffentlichkeit und die Behörden der betroffenen Vertragspartei, die Stellungnahmen, Anmerkungen und Einwände übermittelt haben,* teilnehmen können.**

Unterschrift

* Unzutreffendes streichen

** gegebenenfalls streichen, soweit nicht relevant

Umowa

między

Rządem Republiki Federalnej Niemiec

a

Rządem Rzeczypospolitej Polskiej

w zakresie ocen oddziaływania na środowisko i strategicznych ocen oddziaływania na
środowisko w kontekście transgranicznym

Rząd Republiki Federalnej Niemiec

i

Rząd Rzeczypospolitej Polskiej –

zwane dalej „Umawiającymi się Stronami”,

świadome rosnącego znaczenia transgranicznej współpracy przy zapobieganiu, zmniejszaniu i monitorowaniu potencjalnego znaczącego transgranicznego oddziaływania na środowisko, przede wszystkim planowanych działalności oraz planów i programów,

uwzględniając Umowę między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o współpracy w dziedzinie ochrony środowiska z dnia 7 kwietnia 1994 roku, zwaną dalej „Umową z 1994 roku”, oraz jej postanowienia w sprawie oceny oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym,

zdecydowane z obopólną korzyścią stosować między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską Konwencję o ocenach oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym, sporządzoną w Espoo dnia 25 lutego 1991 roku, zwaną dalej „Konwencją z Espoo”, oraz postanowienia dyrektywy 2011/92/UE Parlamentu Europejskiego i Rady z dnia 13 grudnia 2011 roku w sprawie oceny skutków wywieranych przez niektóre przedsięwzięcia publiczne i prywatne na środowisko,

zdecydowane z obopólną korzyścią stosować między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską Protokół w sprawie strategicznej oceny oddziaływania na środowisko do Konwencji o ocenach oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym, sporządzony w Kijowie dnia 21 maja 2003 roku, zwany dalej „Protokołem strategicznym”, oraz postanowienia dyrektywy 2001/42/WE Parlamentu Europejskiego i Rady z dnia 27 czerwca 2001 roku w sprawie oceny wpływu niektórych planów i programów na środowisko,

świadome, że konkretne regulacje i przejrzyste procedury ułatwią oraz przyspieszą przeprowadzanie ocen oddziaływania na środowisko oraz strategicznych ocen oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską,

zamierzając zadbać o to, aby znaczące transgraniczne oddziaływanie na środowisko planowanych działalności oraz projektów planów i programów było rozpoznawane, opisywane i oceniane tak szybko i wnikliwie, jak to możliwe, przy udziale organów i społeczeństwa Republiki Federalnej Niemiec i Rzeczypospolitej Polskiej oraz o to, aby wyniki ocen oddziaływania na środowisko oraz strategicznych ocen oddziaływania na środowisko były we właściwy sposób brane pod uwagę przy wydawaniu decyzji dotyczących planowanych działalności oraz przyjmowaniu planów i programów,

uwzględniając dotychczasowe doświadczenia związane z realizacją Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o realizacji Konwencji o ocenach oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym z dnia 25 lutego 1991 roku, podpisanej w Neuhardenberg dnia 11 kwietnia 2006 roku,

przy udziale niemieckich krajów związkowych Brandenburgii, Meklemburgii-Pomorza Przedniego i Wolnego Kraju Saksonii –

uzgodniły co następuje:

Rozdział 1
Zakres stosowania

Artykuł 1

Oceny oddziaływania na środowisko planowanych działalności

- (1) Niniejsza Umowa ma zastosowanie do każdej planowanej działalności, która może spowodować znaczące negatywne transgraniczne oddziaływanie na środowisko na obszarze podlegającym jurysdykcji państwa drugiej Umawiającej się Strony i dla której przeprowadza się zgodnie z przepisami krajowymi obowiązującymi w państwie Strony pochodzenia, ocenę oddziaływania na środowisko.
- (2) W odniesieniu do oceny oddziaływania na środowisko, o której mowa w ustępie 1, mają zastosowanie artykuły 1 do 7 Konwencji z Espoo oraz artykuły 3 do 10 i artykuły 19 do 26 niniejszej Umowy.
- (3) Jeżeli planowana działalność, o której mowa w ustępie 1, podlega również ocenie oddziaływania na gospodarkę wodną na wodach granicznych zgodnie z artykułem 6 ustęp 3 Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o współpracy w dziedzinie gospodarki wodnej na wodach granicznych, sporządzonej w Warszawie dnia 19 maja 1992 roku, zwanej dalej „Umową z dnia 19 maja 1992 roku”, to dla tej części oceny działalności, która dotyczy oddziaływania na środowisko, przeprowadza się tylko jedną ocenę oddziaływania na środowisko zgodnie z postanowieniami niniejszej Umowy. O prowadzonej dla takiej działalności ocenie oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym Strona pochodzenia informuje Niemiecko-Polską Komisję do Spraw Wód Granicznych utworzoną na podstawie artykułu 10 Umowy z dnia 19 maja 1992 roku.

(4) Jeżeli o dopuszczalności planowanej działalności, o której mowa w ustępie 1, rozstrzyga się w ramach kilku postępowań lub etapów postępowań, niniejsza Umowa znajduje zastosowanie do wszystkich postępowań lub etapów postępowań, w których przeprowadzana jest ocena oddziaływania na środowisko.

(5) Jeżeli planowana działalność, o której mowa w ustępie 1, ma być realizowana na obszarach podlegających jurysdykcji państw obu Umawiających się Stron, właściwe organy obu Umawiających się Stron porozumiewają się niezwłocznie co do tego, czy i w jakim zakresie ocena oddziaływania na środowisko dla całej działalności ma być przeprowadzona w całości lub w części przez jedną Umawiającą się Stronę lub wspólnie przez obie Umawiające się Strony.

Artykuł 2

Strategiczne oceny oddziaływania na środowisko projektów planów i programów

(1) Niniejsza Umowa ma zastosowanie do każdego planu i programu, którego realizacja może spowodować znaczące transgraniczne oddziaływanie na środowisko na obszarze podlegającym jurysdykcji państwa drugiej Umawiającej się Strony i dla którego, zgodnie z przepisami krajowymi obowiązującymi w państwie Strony pochodzenia, przeprowadza się strategiczną ocenę oddziaływania na środowisko.

(2) W odniesieniu do strategicznej oceny oddziaływania na środowisko, o której mowa w ustępie 1, mają zastosowanie artykuły 2 do 12 Protokołu strategicznego oraz artykuły 11 do 26 niniejszej Umowy.

(3) W przypadku gdy projekt planu, o którym mowa w ustępie 1, podlega również artykułowi 6 ustęp 1 Umowy z dnia 19 maja 1992 roku, to Strona pochodzenia informuje Niemiecko-Polską Komisję do Spraw Wód Granicznych, utworzoną na podstawie

artykułu 10 Umowy z dnia 19 maja 1992 roku, że przeprowadza strategiczną ocenę oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym.

(4) Jeżeli dla projektu planu lub programu, o którym mowa w ustępie 1, przeprowadzana jest strategiczna ocena oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym i jednocześnie plan ten lub program dotyczy zakresu zadań Niemiecko-Polskiego Komitetu do spraw Gospodarki Przestrzennej działającego w ramach Niemiecko-Polskiej Komisji Międzyrządowej do spraw Współpracy Regionalnej i Przygranicznej, utworzonej na mocy noty dyplomatycznej z dnia 17 czerwca 1991 roku, to Komitet ten o przeprowadzeniu strategicznej oceny oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym zostanie poinformowany przez Stronę pochodzenia.

(5) Jeżeli plan lub program, o którym mowa w ustępie 1, ma być realizowany na obszarach podlegających jurysdykcji państw obu Umawiających się Stron, właściwe organy obu Umawiających się Stron porozumiewają się niezwłocznie co do tego, czy i w jakim zakresie strategiczna ocena oddziaływania na środowisko dla całego projektu planu lub programu ma być przeprowadzona w całości lub w części przez jedną Umawiającą się Stronę lub wspólnie przez obie Umawiające się Strony.

Rozdział 2

Tryb postępowania w odniesieniu do oceny oddziaływania na środowisko planowanych działalności

Artykuł 3

Powiadamianie

(1) Umawiające się Strony będą powiadamiały się tak szybko, jak to możliwe o wszystkich planowanych działalnościach określonych w artykule 1 ustęp 1 niniejszej Umowy. Wraz z powiadomieniem przekazane zostaną dane zgodnie z artykułem 3 ustęp 2

Konwencji z Espoo, łącznie z informacją o rodzaju, przebiegu i stanie postępowania, w ramach którego przeprowadzana jest ocena oddziaływania na środowisko.

(2) Jeżeli Strona pochodzenia przeprowadza postępowanie w sprawie ustalenia treści i zakresu dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko (scoping), Strona narażona zgodnie z ustępem 1 powinna zostać powiadomiona o planowanej działalności i powinny zostać jej przekazane odpowiednie dane dotyczące planowanej działalności i do przeprowadzenia tego postępowania. Strona narażona ma możliwość zajęcia stanowiska w sprawie ustalenia treści i zakresu dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko najpóźniej w terminie 30 dni od dnia złożenia deklaracji uczestnictwa w ocenie oddziaływania na środowisko.

(3) Powiadomienie, o którym mowa w ustępie 1, będzie przekazywane w następujący sposób:

1. jeżeli Stroną pochodzenia jest Republika Federalna Niemiec, powiadomienie przekazuje organ właściwy do oceny oddziaływania na środowisko kraju związkowego, na obszarze pod którego jurysdykcją ma być realizowana planowana działalność, centralnemu organowi administracji rządowej Rzeczypospolitej Polskiej właściwemu do spraw ocen oddziaływania na środowisko. Jeżeli organem właściwym do oceny oddziaływania na środowisko jest organ federalny, to ten organ przekazuje to powiadomienie. Ponadto właściwy niemiecki organ informuje równocześnie federalne ministerstwo właściwe do spraw ochrony środowiska i ministerstwo właściwe do spraw ochrony środowiska odnośnego kraju związkowego o treści przekazanego powiadomienia,
2. jeżeli Stroną pochodzenia jest Rzeczpospolita Polska, centralny organ administracji rządowej właściwy do spraw ocen oddziaływania na środowisko przekazuje równocześnie powiadomienie:

- a) ministerstwu właściwemu do spraw ochrony środowiska kraju związkowego Republiki Federalnej Niemiec, na obszarze pod którego jurysdykcją planowana działalność może spowodować znaczące negatywne transgraniczne oddziaływanie na środowisko, oraz
- b) federalnemu ministerstwu właściwemu do spraw ochrony środowiska Republiki Federalnej Niemiec.

(4) Strona narażona potwierdzi niezwłocznie Stronie pochodzenia otrzymanie powiadomienia zgodnie z ustępem 1 i zadeklaruje niezwłocznie, najpóźniej jednak w terminie 30 dni od dnia otrzymania tego powiadomienia, czy zamierza uczestniczyć w ocenie oddziaływania na środowisko. Jeżeli Strona narażona zamierza uczestniczyć w tej ocenie, poinformuje jednocześnie Stronę pochodzenia, które organy Strony narażonej będą właściwe w sprawach:

1. otrzymania dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko, o której mowa w artykule 4,
2. udziału w ocenie oddziaływania na środowisko,
3. udziału w konsultacjach, o których mowa w artykule 8,
4. otrzymania decyzji, o której mowa w artykule 9.

(5) Jeżeli jedna z Umawiających się Stron uważa, że środowisko na obszarze podlegającym jurysdykcji jej państwa będzie narażone na znaczące negatywne transgraniczne oddziaływanie planowanej działalności, o której mowa w artykule 1 ustęp 1, i nie została powiadomiona zgodnie z ustępem 1, to Strona pochodzenia przekaże na wniosek Strony narażonej dane wymienione w ustępie 1. Po otrzymaniu tych danych Strona narażona postępuje zgodnie z ustępem 4.

(6) Jeżeli Strona narażona zadeklaruje, że weźmie udział w ocenie oddziaływania na środowisko, to Strona pochodzenia przekaze Stronie narażonej dane zgodnie z artykułem 3 ustęp 5 Konwencji z Espoo, o ile nie miało to już miejsca, zgodnie z ustępem 1 niniejszego artykułu. Strona pochodzenia poinformuje Stronę narażoną w momencie powiadomienia, o którym mowa w ustępie 1 niniejszego artykułu, lub najpóźniej w momencie przekazania dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko, które organy będą uczestniczyły w ocenie oddziaływania na środowisko.

(7) Wzory powiadomienia, potwierdzenia odbioru powiadomienia i deklaracji uczestnictwa określone są w załącznikach nr 1 do 3 stanowiących integralną część niniejszej Umowy.

Artykuł 4

Dokumentacja oceny oddziaływania na środowisko oraz termin przekazywania stanowisk, uwag i zastrzeżeń

(1) Po zadeklarowaniu przez Stronę narażoną uczestnictwa w ocenie oddziaływania na środowisko Strona pochodzenia jest obowiązana do przekazania Stronie narażonej co najmniej jednego egzemplarza dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko, sporządzonej zgodnie z artykułem 4 ustęp 1 Konwencji z Espoo, niezwłocznie po jej sporządzeniu.

(2) Strona pochodzenia równocześnie z przekazaniem dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko wyznaczy Stronie narażonej stosowny termin, w którym mogą być przekazywane stanowiska organów oraz uwagi i zastrzeżenia społeczeństwa Strony narażonej. Przy określaniu terminu Strona pochodzenia uwzględni w ramach jej przepisów krajowych rodzaj planowanej działalności, rodzaj i zakres potencjalnego znaczącego negatywnego transgranicznego oddziaływania na środowisko na obszar

podlegający jurysdykcji państwa Strony narażonej, a także konieczność możliwie szybkiego zakończenia oceny oddziaływania na środowisko. Termin poza szczególnymi przypadkami nie powinien przekraczać 3 miesięcy.

(3) Wzór przekazania dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko i wyznaczenia terminu określony jest w załączniku nr 4 stanowiącym integralną część niniejszej Umowy.

Artykuł 5

Udział społeczeństwa

(1) Umawiające się Strony zapewnią możliwość udziału społeczeństwa w ocenie oddziaływania na środowisko planowanej działalności, o której mowa w artykule 1 ustęp 1, na zasadach zgodnych z ich przepisami krajowymi. Społeczeństwo Strony narażonej będzie miało możliwość wyrażenia swoich uwag i zastrzeżeń przez taki okres, jaki jest przewidziany dla społeczeństwa Strony pochodzenia. O ocenie tej społeczeństwo Strony narażonej zostanie poinformowane przez właściwy organ Strony narażonej przez podanie do publicznej wiadomości informacji o wszczęciu postępowania i wyłożeniu dokumentacji, o której mowa w artykule 4 ustęp 1, wraz z poinformowaniem o warunkach składania uwag i zastrzeżeń, jak również o warunkach zaskarżania decyzji. Właściwy organ Strony pochodzenia zostanie zawiadomiony o terminie wyłożenia dokumentacji do wglądu społeczeństwa Strony narażonej.

(2) Społeczeństwo Strony narażonej ma możliwość przekazania swoich uwag i zastrzeżeń bezpośrednio do organu Strony pochodzenia właściwego do wydania decyzji dotyczącej planowanej działalności.

(3) Jeżeli Strona pochodzenia zgodnie z jej przepisami krajowymi przeprowadza rozprawę administracyjną dla społeczeństwa w ramach oceny oddziaływania na środowisko, to powiadamia z odpowiednim wyprzedzeniem Stronę narażoną o terminie

i miejscu jej przeprowadzenia. Właściwy organ Strony narażonej powiadamia swoje społeczeństwo o terminie i miejscu rozprawy administracyjnej organizowanej przez Stronę pochodzenia.

Artykuł 6 Stanowiska organów

(1) Jeżeli Stroną narażoną jest Rzeczpospolita Polska, wówczas centralny organ administracji rządowej właściwy do spraw ocen oddziaływania na środowisko przekazuje równocześnie stanowiska dotyczące planowanej działalności:

1. organowi właściwemu do oceny oddziaływania na środowisko, który przekazał powiadomienie, o którym mowa w artykule 3 ustęp 1,
2. ministerstwu właściwemu do spraw ochrony środowiska odpowiedniego kraju związkowego Republiki Federalnej Niemiec,
3. federalnemu ministerstwu właściwemu do spraw ochrony środowiska Republiki Federalnej Niemiec.

(2) Jeżeli Stroną narażoną jest Republika Federalna Niemiec, wówczas niemieckie organy, których kompetencje w zakresie zadań dotyczących ochrony środowiska tego dotyczą, przekazują równocześnie swoje stanowiska dotyczące planowanej działalności:

1. centralnemu organowi administracji rządowej Rzeczypospolitej Polskiej właściwemu do spraw ocen oddziaływania na środowisko,
2. organowi właściwemu do przeprowadzenia oceny oddziaływania na środowisko.

Artykuł 7 Wymiana informacji

W ramach oceny oddziaływania na środowisko planowanej działalności, o której mowa w artykule 1 ustęp 1, organ właściwy do wydania decyzji i inne organy Umawiających się Stron uczestniczące w tym postępowaniu mogą bezpośrednio wymieniać informacje dotyczące postępowania.

Artykuł 8 Konsultacje przed wydaniem decyzji

(1) Strona narażona zawiadomi Stronę pochodzenia najpóźniej wraz z upływem terminu przeznaczonego na przekazanie stanowisk, o których mowa w artykule 4 ustęp 2 niniejszej Umowy, czy jest zainteresowana konsultacjami w formie spotkania, o których jest mowa w artykule 5 Konwencji z Espoo.

(2) Jeżeli Strona narażona zgłosi zainteresowanie takimi konsultacjami, to:

1. Umawiające się Strony, po zaproponowaniu przez Stronę pochodzenia terminów konsultacji, niezwłocznie ustalą stosowne ramy czasowe, w tym terminy oraz miejsca konsultacji, z uwzględnieniem zasad zawartych w artykule 4 ustęp 2,
2. Strona pochodzenia poinformuje ponadto Stronę narażoną, które organy są właściwe do przeprowadzenia konsultacji,
3. Strona pochodzenia we właściwym czasie przed zakończeniem konsultacji poinformuje Stronę narażoną o tym, czy i jakie działania dotyczące redukcji lub eliminowania znaczącego negatywnego transgranicznego oddziaływania na

środowisko mają być podjęte ze względu na stanowiska organów oraz uwagi i zastrzeżenia społeczeństwa Strony narażonej.

(3) Decyzja dotycząca planowanej działalności nie może być wydana przed zakończeniem konsultacji, o ile konsultacje nie przekraczają ustalonych przez Umawiające się Strony ram czasowych. Uzgodnione uprzednio konsultacje nie odbędą się, jeżeli Strona narażona zrezygnuje z nich na piśmie, ponieważ wszystkie kwestie dotyczące znaczących negatywnych transgranicznych oddziaływań na środowisko planowanej działalności zostały wyjaśnione w drodze wymiany informacji pomiędzy właściwymi organami obu Umawiających się Stron.

(4) Umawiające się Strony mogą zapraszać do uczestnictwa w konsultacjach innych uczestników postępowania oraz ekspertów.

Artykuł 9

Przekazanie decyzji

(1) Strona pochodzenia przekaże Stronie narażonej decyzję dotyczącą planowanej działalności, o której mowa w artykule 6 Konwencji z Espoo, niezwłocznie po jej doręczeniu wnioskodawcy planowanej działalności.

(2) Strona narażona po otrzymaniu decyzji zapewni, aby została ona udostępniona zainteresowanym organom i społeczeństwu na obszarze podlegającym jurysdykcji jej państwa.

Artykuł 10
Analiza porealizacyjna

Umawiające się Strony mogą za porozumieniem ustalić, czy i jeżeli tak, to w jakim zakresie należy przeprowadzić analizę porealizacyjną, zgodnie z artykułem 7 Konwencji z Espoo, o ile decyzja dotycząca planowanej działalności lub przepisy krajowe przewidują możliwość przeprowadzenia analizy porealizacyjnej.

Rozdział 3

Tryb postępowania w odniesieniu do strategicznej oceny oddziaływania na środowisko projektów planów i programów

Artykuł 11
Powiadamianie

(1) Umawiające się Strony będą powiadamiały się tak szybko, jak to możliwe o wszystkich projektach planów i programów określonych w artykule 2 ustęp 1 niniejszej Umowy. Powiadomienie ma miejsce po sporządzeniu projektu planu lub programu oraz prognozy oddziaływania na środowisko, o której mowa w artykule 7 Protokołu strategicznego. Wraz z powiadomieniem przekazywane są co najmniej po jednym egzemplarzu projektu planu lub programu i prognozy oddziaływania na środowisko oraz informacje o rodzaju, przebiegu i stanie postępowania w sprawie opracowania i przyjęcia planu lub programu.

(2) Umawiające się strony mogą informować się o przystąpieniu do sporządzenia projektu planu lub programu i o postępowaniu dotyczącym tego dokumentu, jeszcze przed powiadomieniem, o którym mowa w ustępie 1.

(3) Powiadomienie, o którym mowa w ustępie 1, będzie przekazywane w następujący sposób:

1. jeżeli Stroną pochodzenia jest Republika Federalna Niemiec, powiadomienie przekazuje organ właściwy do strategicznej oceny oddziaływania na środowisko kraju związkowego, na obszarze pod którego jurysdykcją ma być realizowany plan lub program, centralnemu organowi administracji rządowej Rzeczypospolitej Polskiej właściwemu do spraw strategicznych ocen oddziaływania na środowisko. Jeżeli organem właściwym do strategicznej oceny oddziaływania na środowisko jest organ federalny, to ten organ przekazuje to powiadomienie. Ponadto właściwy niemiecki organ informuje równocześnie federalne ministerstwo właściwe do spraw ochrony środowiska i ministerstwo właściwe do spraw ochrony środowiska odpowiedniego kraju związkowego o treści przekazanego powiadomienia,
2. jeżeli Stroną pochodzenia jest Rzeczpospolita Polska, powiadomienie przekazuje centralny organ administracji rządowej właściwy do spraw strategicznych ocen oddziaływania na środowisko równocześnie:
 - a) ministerstwu właściwemu do spraw ochrony środowiska kraju związkowego Republiki Federalnej Niemiec, na obszar pod którego jurysdykcją plan lub program może spowodować znaczące transgraniczne oddziaływanie na środowisko, i
 - b) federalnemu ministerstwu właściwemu do spraw ochrony środowiska Republiki Federalnej Niemiec.

(4) Strona narażona potwierdzi niezwłocznie Stronie pochodzenia otrzymanie powiadomienia zgodnie z ustępem 1 i zadeklaruje niezwłocznie, najpóźniej jednak w terminie 30 dni od dnia otrzymania projektu planu lub programu i prognozy oddziaływania na środowisko, czy zamierza uczestniczyć w strategicznej ocenie

oddziaływania na środowisko. Jeżeli Strona narażona zamierza uczestniczyć w tej ocenie, poinformuje jednocześnie Stronę pochodzenia, które organy Strony narażonej będą właściwe w sprawach:

1. udziału w strategicznej ocenie oddziaływania na środowisko i w razie takiej konieczności w zakresie otrzymania projektu planu lub programu i prognozy oddziaływania na środowisko,
2. udziału w konsultacjach, o których mowa w artykule 16,
3. otrzymania dokumentów, o których mowa w artykule 17.

(5) Jeżeli jedna z Umawiających się Stron uważa, że środowisko na obszarze podlegającym jurysdykcji jej państwa będzie narażone na znaczące transgraniczne oddziaływanie w wyniku realizacji planu lub programu, o którym mowa w artykule 2 ustęp 1, i nie została powiadomiona zgodnie z ustępem 1, to Strona pochodzenia przekaże na wniosek Strony narażonej dokumenty, o których mowa w ustępie 1. Po otrzymaniu tych dokumentów Strona narażona postępuje zgodnie z ustępem 4.

(6) Strona pochodzenia poinformuje Stronę narażoną, które organy będą uczestniczyły w strategicznej ocenie oddziaływania na środowisko, w momencie powiadomienia, o którym mowa w ustępie 1, lub najpóźniej w chwili przekazania projektu planu lub programu i prognozy oddziaływania na środowisko.

(7) Wzory powiadomienia, potwierdzenia odbioru powiadomienia, deklaracji uczestnictwa oraz, w razie potrzeby, przekazania projektu planu lub programu i prognozy oddziaływania na środowisko są określone w załącznikach nr 5 do 7 stanowiących integralną część niniejszej Umowy.

Artykuł 12

Termin przekazywania stanowisk oraz uwag i zastrzeżeń

- (1) Jeżeli Strona narażona zadeklarowała, że chce uczestniczyć w strategicznej ocenie oddziaływania na środowisko, Strona pochodzenia niezwłocznie wyznaczy Stronie narażonej stosowny termin, w którym mogą być przekazywane stanowiska organów oraz uwagi i zastrzeżenia społeczeństwa Strony narażonej. Przy określaniu terminu Strona pochodzenia uwzględni w ramach jej przepisów krajowych rodzaj planu lub programu, rodzaj i zakres potencjalnego znaczącego transgranicznego oddziaływania na środowisko na obszar podlegający jurysdykcji państwa Strony narażonej, a także konieczność możliwie szybkiego zakończenia strategicznej oceny oddziaływania na środowisko. Termin poza szczególnymi przypadkami nie powinien przekraczać 3 miesięcy.
- (2) Wzór wyznaczenia terminu określony jest w załączniku nr 8 stanowiącym integralną część niniejszej Umowy.

Artykuł 13

Udział społeczeństwa

- (1) Umawiające się Strony zapewnią możliwość udziału społeczeństwa w strategicznej ocenie oddziaływania na środowisko projektu planu lub programu, o którym mowa w artykule 2 ustęp 1, na zasadach zgodnych z ich przepisami krajowymi. Społeczeństwo Strony narażonej będzie miało możliwość wyrażania swoich uwag i zastrzeżeń przez taki okres, jaki jest przewidziany dla społeczeństwa Strony pochodzenia. O postępowaniu tym społeczeństwo Strony narażonej poinformowane zostanie przez właściwy organ Strony narażonej przez podanie do publicznej wiadomości informacji o wszczęciu postępowania i wyłożeniu projektu planu lub programu oraz prognozy oddziaływania na środowisko, wraz z poinformowaniem o warunkach przedstawiania uwag i zastrzeżeń oraz o możliwych środkach odwoławczych. Właściwy organ Strony pochodzenia zostanie

powiadomiony o terminie wyłożenia dokumentów do wglądu społeczeństwa Strony narażonej.

(2) Społeczeństwo Strony narażonej ma możliwość przekazania swoich uwag i zastrzeżeń bezpośrednio do organu Strony pochodzenia właściwego do przeprowadzenia strategicznej oceny oddziaływania na środowisko.

(3) Jeżeli Strona pochodzenia organizuje spotkanie dla społeczeństwa w ramach strategicznej oceny oddziaływania na środowisko, to powiadamia z odpowiednim wyprzedzeniem Stronę narażoną o terminie i miejscu jego przeprowadzenia. Organ właściwy Strony narażonej powiadamia swoje społeczeństwo o terminie i miejscu spotkania organizowanego przez Stronę pochodzenia.

Artykuł 14

Stanowiska organów

(1) Jeżeli Stroną narażoną jest Rzeczpospolita Polska, wówczas centralny organ administracji rządowej właściwy do spraw strategicznych ocen oddziaływania na środowisko przekazuje równocześnie stanowiska dotyczące projektu planu lub programu i prognozy oddziaływania na środowisko:

1. organowi właściwemu do strategicznej oceny oddziaływania na środowisko, który przekazał powiadomienie, o którym mowa w artykule 11 ustęp 1,
2. ministerstwu właściwemu do spraw ochrony środowiska odpowiedniego kraju związkowego Republiki Federalnej Niemiec,
3. federalnemu ministerstwu właściwemu do spraw ochrony środowiska Republiki Federalnej Niemiec.

(2) Jeżeli Stroną narażoną jest Republika Federalna Niemiec, wówczas niemieckie organy, których kompetencje w zakresie zadań dotyczących ochrony środowiska tego dotyczą, przekazują równocześnie swoje stanowiska dotyczące projektu planu lub programu i prognozy oddziaływania na środowisko:

1. centralnemu organowi administracji rządowej Rzeczypospolitej Polskiej właściwemu do spraw strategicznych ocen oddziaływania na środowisko, i
2. organowi właściwemu do przeprowadzenia strategicznej oceny oddziaływania na środowisko.

Artykuł 15

Wymiana informacji

W ramach strategicznej oceny oddziaływania na środowisko, o której mowa w artykule 2 ustęp 1, organ właściwy do przeprowadzenia strategicznej oceny oddziaływania na środowisko i inne organy Umawiających się Stron uczestniczące w tym postępowaniu mogą bezpośrednio wymieniać informacje dotyczące tego postępowania.

Artykuł 16

Konsultacje przed przyjęciem planu lub programu

- (1) Strona narażona zawiadomi Stronę pochodzenia najpóźniej wraz z upływem terminu przeznaczonego na przekazanie stanowisk, o których mowa w artykule 12 niniejszej Umowy, czy jest zainteresowana konsultacjami, o których mowa w artykule 10 ustęp 3 Protokołu strategicznego, w formie spotkania.
- (2) Jeżeli Strona narażona zgłosi zainteresowanie takimi konsultacjami, to:

1. Umawiające się Strony, po zaproponowaniu przez Stronę pochodzenia terminów konsultacji, niezwłocznie ustalą stosowne ramy czasowe, w tym terminy oraz miejsca konsultacji, z uwzględnieniem zasad zawartych w artykule 12,
 2. Strona pochodzenia poinformuje ponadto Stronę narażoną, które organy są właściwymi organami do przeprowadzenia konsultacji,
 3. Strona pochodzenia we właściwym czasie przed zakończeniem konsultacji poinformuje Stronę narażoną o tym, czy i jakie działania dotyczące redukcji lub eliminowania znaczącego transgranicznego oddziaływania na środowisko mają być podjęte ze względu na stanowiska organów oraz uwagi i zastrzeżenia społeczeństwa Strony narażonej.
- (3) Plan lub program nie może być przyjęty przed zakończeniem konsultacji, o ile konsultacje nie przekraczają ustalonych przez Umawiające się Strony ram czasowych. Uzgodnione uprzednio konsultacje nie odbędą się, jeżeli Strona narażona zrezygnuje z nich na piśmie, ponieważ wszystkie kwestie dotyczące znaczących transgranicznych oddziaływań na środowisko projektu planu lub programu zostały wyjaśnione w drodze wymiany informacji pomiędzy właściwymi organami Umawiających się Stron.
- (4) Umawiające się Strony mogą zapraszać do uczestnictwa w konsultacjach innych uczestników postępowania oraz ekspertów.

Artykuł 17

Przekazanie przyjętego planu lub programu

- (1) Po przyjęciu planu lub programu Strona pochodzenia niezwłocznie przekaże Stronie narażonej:

1. przyjęty plan lub program,
 2. podsumowanie zawierające informacje:
 - a) w jaki sposób aspekty środowiskowe zostały wzięte pod uwagę w planie lub programie,
 - b) w jaki sposób zostały uwzględnione: prognoza oddziaływania na środowisko, uwagi i zastrzeżenia społeczeństwa, stanowiska organów oraz wyniki konsultacji podjętych zgodnie z artykułem 16,
 - c) uzasadnienie wyboru przyjętego planu lub programu w świetle innych rozpatrywanych rozwiązań alternatywnych.
 3. zestawienie działań przyjętych w celu monitorowania znaczących oddziaływań na środowisko wynikających z realizacji przyjętego planu lub programu.
- (2) Strona narażona po otrzymaniu dokumentów, o których mowa w ustępie 1, zapewni, aby zostały one udostępnione zainteresowanym organom i społeczeństwu na obszarze podlegającym jurysdykcji jej państwa.

Artykuł 18

Monitoring

- (1) Umawiające się Strony mogą za porozumieniem ustalić, czy i jeżeli tak, to w jakim zakresie Strona pochodzenia przekaże Stronie narażonej wyniki monitoringu znaczących transgranicznych oddziaływań na środowisko, wynikających z realizacji przyjętego planu lub programu, o którym mowa w artykule 12 Protokołu strategicznego.

(2) Strona narażona po otrzymaniu informacji, o których mowa w ustępie 1, zapewni ich udostępnienie zainteresowanym organom i społeczeństwu na obszarze podlegającym jurysdykcji jej państwa.

Rozdział 4 Przepisy wspólne

Artykuł 19 Dotrzymanywanie terminów

(1) Terminy przekazania informacji, stanowisk, uwag i zastrzeżeń właściwemu organowi Strony pochodzenia zależą od przepisów krajowych Strony pochodzenia. W celu dotrzymania terminów korzystać można również ze środków komunikacji elektronicznej. Uwzględnienie informacji, stanowisk, uwag i zastrzeżeń, w przypadku których termin nie został dotrzymany, pozostaje w gestii właściwego organu Strony pochodzenia.

(2) Jeżeli zgodnie z przepisami krajowymi Strony narażonej przekazanie uwag i zastrzeżeń społeczeństwu Strony narażonej jest możliwe również za pośrednictwem właściwego organu Strony narażonej, uwagi i zastrzeżenia społeczeństwa Strony narażonej uznaje się za przekazane w terminie, jeżeli stosownie do ustępu 1 przekazane zostały właściwemu organowi Strony narażonej. Właściwy organ Strony narażonej przekazuje uwagi i zastrzeżenia opatrzone datą wpływu właściwemu organowi Strony pochodzenia w terminie określonym w artykule 4 ustęp 2 lub w artykule 12 ustęp 1.

Artykuł 20
Tłumaczenia

(1) W przypadku oceny oddziaływania na środowisko Strona pochodzenia przekaże Stronie narażonej następujące dokumenty przetłumaczone na język urzędowy Strony narażonej:

1. powiadomienie i dane, o których mowa w artykule 3 ustęp 1 i ustęp 6,
2. dane dotyczące ustalenia treści i zakresu dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko, o których mowa w artykule 3 ustęp 2,
3. streszczenie w języku niespecjalistycznym dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko, o której mowa w artykule 4 ustęp 1 Konwencji z Espoo oraz te części dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko, które umożliwią Stronie narażonej ocenę potencjalnego znaczącego negatywnego transgranicznego oddziaływania na środowisko i zajęcie stanowiska,
4. w przypadku map, które stanowią część dokumentów, o których mowa w punkcie 3, co najmniej legendę,
5. części decyzji dotyczące planowanej działalności, w tym części uzasadnienia, które umożliwią Stronie narażonej zapoznanie się, w jaki sposób decyzja uwzględnia:
 - a) przedstawione w dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko potencjalne znaczące negatywne transgraniczne oddziaływania na środowisko,
 - b) istotne w procesie decyzyjnym stanowiska organów Strony narażonej,

- c) istotne w procesie decyzyjnym uwagi i zastrzeżenia społeczeństwa Strony narażonej,
- d) wyniki konsultacji pomiędzy Stroną pochodzenia i Stroną narażoną,
- e) działania w celu redukcji lub eliminacji znaczącego negatywnego transgranicznego oddziaływania na środowisko,

- 6. informacje o środkach odwoławczych od decyzji dotyczącej planowanej działalności,
- 7. pozostałe dokumenty, które sporządza Strona pochodzenia i które są niezbędne dla przebiegu oceny, w szczególności zaproszenia na konsultacje oraz protokoły z konsultacji,
- 8. wyniki analizy porealizacyjnej w przypadku określonym w artykule 10.

(2) W przypadku strategicznej oceny oddziaływania na środowisko Strona pochodzenia przekazuje Stronie narażonej następujące dokumenty przetłumaczone na język urzędowy Strony narażonej:

- 1. powiadomienie, o którym mowa w artykule 11 ustęp 1 i informacje o postępowaniu w sprawie opracowania i przyjęcia planu lub programu,
- 2. informacje i dane, o których mowa w artykule 11 ustęp 2,
- 3. streszczenie w języku niespecjalistycznym prognozy oddziaływania na środowisko oraz te części projektu planu lub programu i prognozy oddziaływania na środowisko, które umożliwią Stronie narażonej ocenę potencjalnych znaczących transgranicznych oddziaływań na środowisko i zajęcie stanowiska,

4. w przypadku map, które stanowią część dokumentów, o których mowa w punkcie 3, co najmniej legendę,
5. rozstrzygnięcie w sprawie przyjęcia planu lub programu, oraz części podsumowania, które umożliwią Stronie narażonej zapoznanie się, na ile plan lub program uwzględnia:
 - a) przedstawione w prognozie oddziaływania na środowisko potencjalne znaczące transgraniczne oddziaływania na środowisko oraz działania w celu redukcji lub eliminowania tych oddziaływań,
 - b) stanowiska organów Strony narażonej,
 - c) uwagi i zastrzeżenia społeczeństwa Strony narażonej,
 - d) wyniki konsultacji pomiędzy Stroną pochodzenia i Stroną narażoną,
6. pozostałe dokumenty, które sporządza Strona pochodzenia i które są niezbędne dla przebiegu oceny, w szczególności zaproszenia na konsultacje oraz protokoły z konsultacji,
7. wyniki monitoringu, o których mowa w artykule 18.

(3) Jeżeli Strona narażona uzna części dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko, przetłumaczone zgodnie z ustępem 1 punkt 3 i 4, albo części projektu planu lub programu i prognozy oddziaływania na środowisko, przetłumaczone zgodnie z ustępem 2 punkt 3 i 4, za niewystarczające do zajęcia stanowiska dotyczącego znaczących negatywnych transgranicznych oddziaływań na środowisko planowanej działalności albo znaczących transgranicznych oddziaływań na środowisko projektowanego planu lub programu, niezwłocznie informuje o tym Stronę pochodzenia.

W takim przypadku Umawiające się Strony dążyć będą do zgodnego rozwiązania, zarówno w zakresie przekazania dodatkowo przetłumaczonych części dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko albo projektu planu lub programu i prognozy oddziaływania na środowisko, jak również przedłużenia terminu, o którym mowa w artykule 4 ustęp 2 lub w artykule 12 ustęp 1.

(4) Strona narażona przekazuje Stronie pochodzenia wszelkie dokumenty w sprawie transgranicznej oceny oddziaływania na środowisko lub transgranicznej strategicznej oceny oddziaływania na środowisko, w tym stanowiska, o których mowa w artykule 6 lub w artykule 14, w swoim języku urzędowym. Społeczeństwo Strony narażonej przekazuje swoje uwagi i zastrzeżenia, o których mowa w artykule 5 lub w artykule 13, w języku urzędowym Strony narażonej lub Strony pochodzenia.

(5) Strona pochodzenia zapewni tłumaczenie na język urzędowy Strony narażonej podczas spotkań w sprawie ustalenia treści i zakresu dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko oraz prognozy oddziaływania na środowisko, rozpraw administracyjnych oraz spotkań dla społeczeństwa i konsultacji, o ile Umawiające się Strony nie uzgodnią inaczej.

(6) Strona pochodzenia ponosi koszty:

1. tłumaczeń dokumentów Strony pochodzenia na język urzędowy Strony narażonej,
2. tłumaczeń dokumentów, uwag i zastrzeżeń Strony narażonej, które zostały przekazane Stronie pochodzenia w języku urzędowym Strony narażonej, na język urzędowy Strony pochodzenia,
3. tłumaczy podczas spotkań w sprawie ustalenia treści i zakresu dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko oraz prognozy oddziaływania na środowisko, rozpraw administracyjnych oraz spotkań dla społeczeństwa i konsultacji, o ile Umawiające się Strony nie uzgodnią inaczej.

Artykuł 21
Komunikacja elektroniczna

Jeżeli dokumenty są dostępne w wersji elektronicznej, to Umawiające się Strony przekazują je również w tej wersji.

Artykuł 22
Właściwy organ

Jeżeli w niniejszej Umowie nie został wskazany właściwy organ, do jego określenia będą miały zastosowanie przepisy krajowe każdej z Umawiających się Stron.

Artykuł 23
Rozstrzyganie spraw spornych

- (1) Niewyjaśnione kwestie dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy będą przedstawiane w celu wyjaśnienia grupie roboczej do spraw ocen oddziaływania na środowisko i strategicznych ocen oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym, powołanej przez Niemiecko-Polską Komisję do spraw Współpracy Sąsiedzkiej w dziedzinie Ochrony Środowiska, działającej na podstawie Umowy z 1994 roku. W przypadku nierozstrzygnięcia niewyjaśnionych kwestii będą one przedstawione tej Komisji.
- (2) Spory powstałe między Umawiającymi się Stronami dotyczące interpretacji lub zastosowania niniejszej Umowy będą rozstrzygane zgodnie z artykułem 15 Konwencji z Espoo lub zgodnie z artykułem 20 Protokołu strategicznego.

Artykuł 24

Inne umowy międzynarodowe

Niniejsza Umowa nie narusza istniejących praw i obowiązków Umawiających się Stron wynikających z innych umów międzynarodowych.

Artykuł 25

Wejście w życie i wypowiedzenie Umowy

(1) Niniejsza Umowa wchodzi w życie 60 dni po dniu, w którym Umawiające się Strony powiadomiły się, że zostały spełnione wymagane warunki prawa krajowego dla wejścia w życie niniejszej Umowy. Decyduje o tym dzień nadejścia ostatniego powiadomienia. Postanowienia tego ustępu stosuje się odpowiednio do zmian niniejszej Umowy.

(2) Niniejsza Umowa może zostać wypowiedziana przez każdą z Umawiających się Stron w drodze dyplomatycznej na podstawie notyfikacji pisemnej. Umowa traci moc po upływie 6 miesięcy od dnia otrzymania przez drugą z Umawiających się Stron takiej notyfikacji. Postępowania, o których mowa w artykule 3 lub w artykule 11, wszczęte przed utratą mocy niniejszej Umowy, prowadzone są do końca zgodnie z jej postanowieniami.

(3) Rejestracji niniejszej Umowy w Sekretariacie Organizacji Narodów Zjednoczonych, zgodnie z artykułem 102 Karty Narodów Zjednoczonych, dokona niezwłocznie po jej wejściu w życie Umawiająca się Strona, na której terytorium Umowa została podpisana. Druga Umawiająca się Strona zostanie poinformowana o dokonanej rejestracji z podaniem numeru rejestracyjnego ONZ, gdy tylko rejestracja zostanie potwierdzona przez Sekretariat Organizacji Narodów Zjednoczonych.

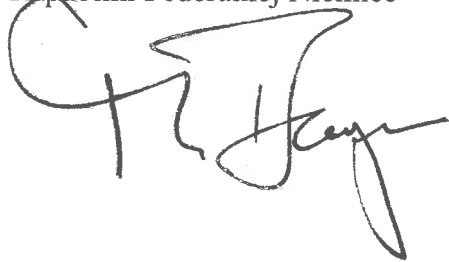
Artykuł 26

Utrata mocy obowiązującej Umowy z dnia 11 kwietnia 2006 roku

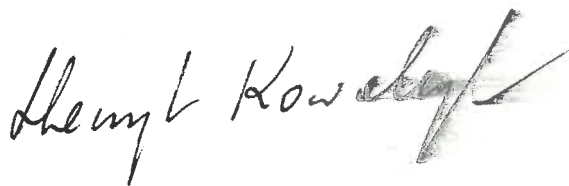
- (1) Z chwilą wejścia w życie niniejszej Umowy traci moc Umowa między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o realizacji Konwencji o ocenach oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym z dnia 25 lutego 1991 roku, podpisana w Neuhausen am Rheinfall dnia 11 kwietnia 2006 roku.
- (2) Transgraniczne oceny oddziaływania na środowisko lub transgraniczne strategiczne oceny oddziaływania na środowisko, rozpoczęte przed wejściem w życie niniejszej Umowy są prowadzone do końca zgodnie z jej postanowieniami.

Sporządzono w Neuhausen am Rheinfall dnia 10 października 2018 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty mają jednakową moc.

Z upoważnienia Rządu
Republiki Federalnej Niemiec



Z upoważnienia Rządu
Rzeczypospolitej Polskiej



Załączniki
do
Umowy
między
Rządem Republiki Federalnej Niemiec
a
Rządem Rzeczypospolitej Polskiej
w zakresie ocen oddziaływania na środowisko i strategicznych ocen
oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym

Załącznik nr 1

Nadawca:

Adresat:

Miejscowość, data:

Powiadomienie

o planowanej działalności, która może spowodować znaczące negatywne transgraniczne oddziaływanie na środowisko

Numer akt _____

Zgodnie z artykułem 3 ustęp 1 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej w zakresie ocen oddziaływania na środowisko

i strategicznych ocen oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym,
sporządzonej dnia _____ w

powiadamy, że

(nazwa i adres podmiotu planującego przeprowadzenie planowanej działalności)

zamierza przeprowadzić

(pełna nazwa planowanej działalności)

W ramach postępowania dotyczącego planowanej działalności zostanie wydana decyzja o

(rodzaj i przedmiot decyzji)

zgodnie z

(odpowiednie przepisy prawne)

przez

(nazwa i adres organu właściwego do wydania decyzji)

Postępowanie to obejmuje ocenę oddziaływania na środowisko.

Niniejszym przesyłamy łącznie z tłumaczeniami zgodnie z artykułem 20 ustęp 1 punkt 1 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej w zakresie ocen oddziaływania na środowisko i strategicznych ocen oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym, sporządzonej dnia _____ w _____,

- dane zgodnie z artykułem 3 Konwencji o ocenach oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym z dnia 25 lutego 1991 r., w tym informację o rodzaju, przebiegu i stanie postępowania, w ramach którego przeprowadzana jest ocena oddziaływania na środowisko
- informację o niemieckich/polskich * organach uczestniczących w ocenie oddziaływania na środowisko.

Prosimy o niezwłoczne potwierdzenie otrzymania tego powiadomienia i poinformowanie nas niezwłocznie, najpóźniej jednak w terminie 30 dni od dnia otrzymania tego powiadomienia, czy Republika Federalna Niemiec / Rzeczpospolita Polska * zamierza uczestniczyć w ocenie oddziaływania na środowisko.

W odniesieniu do wymienionej działalności przeprowadzane jest postępowanie w sprawie ustalenia treści i zakresu dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko (scoping), w którym może uczestniczyć Republika Federalna Niemiec / Rzeczpospolita Polska *. Dodatkowo przesyłamy w związku z tym dane dotyczące ustalenia treści i zakresu dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko zgodnie z artykułem 3 ustęp 2 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej w zakresie ocen oddziaływania na środowisko i strategicznych ocen oddziaływania na

środowisko w kontekście transgranicznym, sporządzonej dnia

_____ w _____, łącznie z tłumaczeniami zgodnie z artykułem 20 ustęp 1 punkt 2 niniejszej Umowy. Mają Państwo możliwość zajęcia stanowiska w tej sprawie najpóźniej w terminie 30 dni od dnia złożenia deklaracji uczestnictwa w ocenie oddziaływania na środowisko. **

Ponadto mają Państwo możliwość uczestniczenia w spotkaniu

w dniu _____ w _____

(podać termin; wysłać z odpowiednim wyprzedzeniem)

w sprawie ustalenia treści i zakresu dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko (scoping). **.

.

Podpis

* niepotrzebne skreślić

** w razie potrzeby skreślić, jeśli nie dotyczy

Lista załączonych dokumentów:

Załącznik nr 2

Nadawca:

Adresat:

Miejscowość, data:

Potwierdzenie odbioru powiadomienia dotyczącego oceny oddziaływania na środowisko planowanej działalności

Numer akt _____

Zgodnie z artykułem 3 ustęp 4 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej w zakresie ocen oddziaływania na środowisko i strategicznych ocen oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym, sporządzonej dnia _____ w

_____, potwierdzamy odbiór w dniu

_____ Państwa pisma z dnia

_____ dotyczącego powiadomienia o planowanej działalności,

(pełna nazwa planowanej działalności)

dla której będzie przeprowadzona ocena oddziaływania na środowisko.

Podpis

Załącznik nr 3

Nadawca:

Adresat:

Miejscowość, data:

Deklaracja uczestnictwa w ocenie oddziaływania na środowisko dla planowanej działalności

Numer akt _____

Zgodnie z artykułem 3 ustęp 4 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej w zakresie ocen oddziaływania na środowisko i strategicznych ocen oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym, sporządzonej dnia _____ w _____,

w odniesieniu do Państwa pisma z dnia _____ dotyczącego powiadomienia o planowanej działalności

(pełna nazwa planowanej działalności)

dla której będzie przeprowadzona ocena oddziaływania na środowisko,

oświadczamy, że:

weźmiemy udział w ocenie oddziaływania na środowisko /

nie weźmiemy udziału w ocenie oddziaływania na środowisko.*

Weźmiemy udział w spotkaniu w sprawie ustalenia treści i zakresu dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko (scoping), które odbędzie się w dniu

_____ w _____ **

Jednocześnie informujemy, że organem Strony narażonej właściwym w zakresie:

1. przyjęcia dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko, zgodnie z artykułem 4, jest

(nazwa i adres właściwego organu)

2. udziału w ocenie oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym jest

(nazwa i adres właściwego organu)

3. udziału w konsultacjach, zgodnie z artykułem 8 jest

(nazwa i adres właściwego organu)

4. otrzymania decyzji, zgodnie z artykułem 9 jest

(nazwa i adres właściwego organu)

W załączeniu przesyłamy ponadto informację o terminach publikacji dziennika urzędowego. Informacje niezbędne do podania do publikacji wiadomości zgodnie z artykułem 5 w dzienniku urzędowym należy przekazać najpóźniej _____dni/tygodni* przed danym terminem publikacji.**

Podpis

* niepotrzebne skreślić

** w razie potrzeby skreślić cały akapit, jeśli nie dotyczy

Lista załączonych dokumentów:

Załącznik nr 4

Nadawca:

Adresat:

Miejscowość, data:

Przekazanie dokumentacji oceny oddziaływania na środowisko planowanej działalności
i wyznaczenie terminu

Numer akt _____

Zgodnie z artykułem 4 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem
Rzeczypospolitej Polskiej w zakresie ocen oddziaływania na środowisko i strategicznych
ocen oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym, sporządzonej dnia

_____ w _____,

oraz na podstawie Państwa deklaracji uczestnictwa z dnia

- przesyłamy Państwu _____ egzemplarz/e* dokumentacji oceny
oddziaływania na środowisko, łącznie z tłumaczeniami zgodnie z artykułem 20
ustęp 1 punkt 3 i 4 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a
Rządem Rzeczypospolitej Polskiej w zakresie ocen oddziaływania na środowisko
i strategicznych ocen oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym,

sporządzonej dnia _____ w

- informujemy, że stanowiska Państwa organów oraz uwagi i zastrzeżenia Państwa społeczeństwa w tej sprawie mogą być przekazywane do dnia

(stosowny termin, który nie powinien przekraczać trzech miesięcy)

Organy oraz społeczeństwo mogą przekazać stanowiska, uwagi i zastrzeżenia na piśmie lub drogą elektroniczną* do następującego organu:

(nazwa i adres organu)

(adres e-mail*)

Jednocześnie informujemy, że czas przewidziany na udział społeczeństwa, o którym mowa w artykule 5 ustęp 1 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej w zakresie ocen oddziaływania na środowisko i strategicznych ocen oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym, sporządzonej dnia _____ w _____, wynosi _____ dni/tygodni.

W sprawie planowanej działalności odbędzie się rozprawa administracyjna w dniu

_____ w _____, w której

mogą uczestniczyć społeczeństwo i organy Strony narażonej / społeczeństwo i organy Strony narażonej, które przekazały stanowiska, uwagi i zastrzeżenia.*/**

Podpis

* niepotrzebne skreślić

** w razie potrzeby skreślić cały akapit, jeśli nie dotyczy

Lista załączonych dokumentów:

Załącznik nr 5

Nadawca:

Adresat:

Miejscowość, data:

Powiadomienie o projekcie planu lub programu, który może spowodować znaczące transgraniczne oddziaływanie na środowisko

Numer akt _____

Zgodnie z artykułem 11 ustęp 1 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej w zakresie ocen oddziaływania na środowisko i strategicznych ocen oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym, sporządzonej dnia _____ w

_____ ,

powiadamy, że

(nazwa i adres podmiotu sporządzającego projekt planu lub programu)

zamierza sporządzić / zmienić*

(pełna nazwa projektu planu lub programu)

zgodnie z

(odpowiednie przepisy prawne)

W ramach postępowania w sprawie opracowania / zmiany* oraz w sprawie przyjęcia planu lub programu przeprowadzana jest strategiczna ocena oddziaływania na środowisko.

Niniejszym przesyłamy, łącznie z tłumaczeniami zgodnie z artykułem 20 ustęp 2 punkt 1, 3 i 4 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej w zakresie ocen oddziaływania na środowisko i strategicznych ocen oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym, sporządzonej dnia

_____ w _____,

- _____ egzemplarz/e* projektu planu lub programu,
- _____ egzemplarz/e* prognozy oddziaływania na środowisko,
- informacje o rodzaju, przebiegu i stanie postępowania w sprawie opracowania / zmiany* oraz w sprawie przyjęcia planu lub programu, łącznie z podaniem organu właściwego do przeprowadzenia strategicznej oceny oddziaływania na środowisko,
- informację o niemieckich / polskich * organach uczestniczących w strategicznej ocenie oddziaływania na środowisko.

Prosimy o niezwłoczne potwierdzenie otrzymania tego powiadomienia.

Prosimy ponadto o poinformowanie nas niezwłocznie, najpóźniej jednak w terminie 30 dni od dnia otrzymania projektu planu lub programu i prognozy oddziaływania na środowisko, czy Republika Federalna Niemiec / Rzeczpospolita Polska * zamierza uczestniczyć w strategicznej ocenie oddziaływania na środowisko.

Podpis

* niepotrzebne skreślić

** w razie potrzeby skreślić, jeśli nie dotyczy

Lista załączonych dokumentów:

Załącznik nr 6

Nadawca:

Adresat:

Miejscowość, data:

Potwierdzenie odbioru powiadomienia dotyczącego strategicznej oceny oddziaływania na środowisko projektu planu lub programu

Numer akt _____

Zgodnie z artykułem 11 ustęp 4 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej w zakresie ocen oddziaływania na środowisko i strategicznych ocen oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym, sporządzonej dnia _____ w

_____ ,

potwierdzamy odbiór w dniu _____ Państwa pisma z dnia _____ dotyczącego powiadomienia o projekcie planu lub programu,

_____ ,

(pełna nazwa projektu planu lub programu)

dla którego będzie przeprowadzona strategiczna ocena oddziaływania na środowisko.

Podpis

Załącznik nr 7

Nadawca:

Adresat:

Miejscowość, data:

Deklaracja uczestnictwa w strategicznej ocenie oddziaływania na środowisko projektu planu lub programu

Numer akt _____

Zgodnie z artykułem 11 ustęp 4 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej w zakresie ocen oddziaływania na środowisko i strategicznych ocen oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym, sporządzonej dnia _____ w

_____;

w odniesieniu do Państwa pisma z dnia _____ dotyczącego powiadomienia o projekcie planu lub programu,

(pełna nazwa projektu planu lub programu)

dla którego będzie przeprowadzona strategiczna ocena oddziaływania na środowisko,
oświadczamy, że:

weźmiemy udział w strategicznej ocenie oddziaływania na środowisko /

nie weźmiemy udziału w strategicznej ocenie oddziaływania na środowisko.*

Weźmiemy udział w spotkaniu w sprawie ustalenia treści i zakresu prognozy
oddziaływania na środowisko (scoping), które odbędzie się w dniu

_____ w _____ **

Jednocześnie informujemy, że organem właściwym Strony narażonej w zakresie:

1. udziału w strategicznej ocenie oddziaływania na środowisko i w razie takiej konieczności w zakresie przyjęcia projektu planu lub programu oraz prognozy oddziaływania na środowisko jest

(nazwa i adres właściwego organu)

2. udziału w konsultacjach, zgodnie z artykułem 16 jest

(nazwa i adres właściwego organu)

3. otrzymania przyjętego planu lub programu, zgodnie z artykułem 17 jest

(nazwa i adres właściwego organu)

W załączeniu przesyłamy ponadto informację o terminach publikacji dziennika urzędowego.

Informacje niezbędne do podania do publikacji wiadomości zgodnie z artykułem 13 w dzienniku urzędowym należy przekazać najpóźniej _____ dni/tygodni* przed danym terminem publikacji.**

Podpis

* niepotrzebne skreślić

** w razie potrzeby cały ustęp skreślić

Lista załączonych dokumentów:

Załącznik nr 8

Nadawca:

Odbiorca:

Miejscowość, data:

Wyznaczenie terminu w przypadku projektu planu lub programu

Numer akt _____

Zgodnie z artykułem 12 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej w zakresie ocen oddziaływania na środowisko i strategicznych ocen oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym, sporządzonej dnia _____ w _____, oraz na podstawie Państwa deklaracji uczestnictwa z dnia _____

informujemy, że stanowiska Państwa organów oraz uwagi i zastrzeżenia Państwa społeczeństwa dotyczące projektu planu lub programu i prognozy oddziaływania na środowisko mogą być przekazywane do dnia _____

(stosowny termin, który nie powinien przekraczać trzech miesięcy)

Jednocześnie informujemy, że czas przewidziany na udział społeczeństwa, o którym mowa w artykule 13 ustęp 1 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej w zakresie ocen oddziaływania na środowisko i strategicznych ocen oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym, sporządzonej dnia _____ w _____, wynosi _____ dni/tygodni* .

Organy oraz społeczeństwo mogą przekazywać stanowiska, uwagi i zastrzeżenia na piśmie lub drogą elektroniczną* do następującego organu:

(nazwa i adres organu)

(adres e-mail*)

W sprawie projektu planu lub programu odbędzie się spotkanie dla społeczeństwa w dniu _____ w _____, w którym mogą uczestniczyć społeczeństwo i organy Strony narażonej / społeczeństwo i organy Strony narażonej, które przekazały stanowiska, uwagi i zastrzeżenia.*/**

Podpis

* niepotrzebne skreślić

** w razie potrzeby skreślić, jeśli nie dotyczy